

**Migration, Gesellschaft und
Politik neu denken**

Naika Foroutan¹

Das postmigrantische Paradigma: Transformation gesellschaftlicher Verhältnisse in pluralen Demokratien

1. Einleitung

Der Kernkonflikt in postmigrantischen Gesellschaften dreht sich nur an der Oberfläche um Migration – tatsächlich sind die politischen Debatten der Gegenwart angetrieben von der Aushandlung und Anerkennung von Gleichheit und Gleichstellung als zentralen Versprechen der modernen Demokratien, die sich auf Pluralität und Parität als Grundsatz berufen. Die Omnipräsenz des Migrationsdiskurses verdeckt diesen zentralen Aushandlungskonflikt – der eben nicht nur Migrant*innen und ihre Nachkommen betrifft, sondern auch andere marginalisierte und unterrepräsentierte soziale Gruppen. Um die Ungleichheitskonflikte zu entschlüsseln, die derzeit die Gesellschaften polarisieren, müssen wir daher *hinter* die Migrationsfrage schauen und *über* die Migrant*innen *hinaus*, also postmigrantisch, die Gesellschaft als Ganzes in den Blick rücken. Dazu ist es erforderlich, den Fokus auf gesellschaftspolitische Kernkonflikte zu lenken, die sich *nach* der Migration bzw. nachdem ein Land politisch anerkannt hat, Einwanderungsland zu sein, einstellen. Der Kampf um Anerkennung, Chancengleichheit und Teilhabe, die als umkämpfte politische Güter und Ressourcen nun auch von Migrant*innen und ihren Nachkommen beansprucht werden, führt zu Teilhabe- und Statuskonflikten und der Veränderung nationaler Identität. Er ist gekoppelt an Debatten um Diskriminierung, Rassismus und Zugehörigkeit in Demokratien und mit alten und neuen Debatten um Gleichstellung und Repräsentation anderer marginalisierter Gruppen – wie etwa klassen-, frauen- oder queer-politischen Kämpfen – verschränkt oder konkurriert mit diesen.

Die Ausgangsthese ist, dass Migration sich regelrecht zu einer Chiffre für Pluralität entwickelt hat, in deren Ablehnung sich die Abwehr weiterer pluraler Lebensentwürfe bündelt. Mit dem Aufstieg des Rechtspopulismus werden im Windschatten der Migrationsabwehr auch andere liberale Pluralitätsentwürfe zurückgedrängt. Antifeminismus, Homo- und Transphobie, Antisemitismus und Rassismus sind sichtbare Elemente einer Abwehrpolitik geworden, die getragen wird von dem Grundmotiv „bis hierher und nicht weiter“. Diese Rückeroberungsrhetorik oder auch Sicherung von Privilegien – und seien es nur Diskursprivilegien – mobilisiert mit einem populistischen, kompetitiven

¹ Naika Foroutan ist Professorin für Integrationsforschung und Gesellschaftspolitik an der Humboldt-Universität zu Berlin, Gründungsvorstand des Deutschen Zentrums für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM) e. V. und Direktorin des Berliner Instituts für empirische Integrations- und Migrationsforschung (BIM) an der Humboldt-Universität zu Berlin. Ihre Forschungsschwerpunkte sind: Migration und Integration, Islam- und Muslimbilder in Deutschland, Identität und Hybridität, politischer Islam und gesellschaftliche Transformation von Einwanderungsländern.

Repertoire zunehmend Wählerschichten (Mudde 2016; [Müller 2016](#)). Auch Teile der unentschiedenen Mitte fühlen sich von den vermeintlich klaren Signalen angezogen: Rückkehr zu nationaler Entscheidungsfähigkeit, zu geschlechtlicher Eindeutigkeit oder zu (deutscher) Leitkultur bestimmen nach einem Zeitalter pluralisierter Lebensentwürfe in erhöhtem Maße das diskurspolitische Angebot. Fragen der Gleichstellung, Repräsentation und Anerkennung dominieren die politische Agenda. Parallel zu globalen Themen wie Klima und Digitalisierung verweben sich diese Fragen mit einer übergeordneten Gerechtigkeitsfrage, die vielfach als existenziell wahrgenommen wird, da sie direkt in das eigene Alltagsverhalten, das Denken und althergebrachte Lebensgewohnheiten eingreift. Ihr am deutlichsten sichtbarer Kern, in dem Gender-, Islam-, Europa- und Kosmopolitismus-Kritik (die auch ein antisemitischer Platzhalter ist) zusammenfinden, ist die Migrationsfeindlichkeit. Ich postuliere, dass alle diese kritisierten Felder sinnbildlich für Pluralität stehen – Pluralität von Geschlechtern, Religionen, Nationen, Kulturen – und dass in der Abwehr der Figur „der Migrant*innen“ die verkörperlichte Form der Pluralität angegriffen wird. „Die Migrant*in“ steht hier für die Personifizierung der Grenzüberschreitung – und eine Sehnsucht nach „Begrenzung“ in vielfacher Hinsicht treibt Teile der Gesellschaft in die reaktionären Fänge neurechter Populisten.

Eine postmigrantische Perspektive erlaubt es, diese Stellvertreterdebatte zu entschlüsseln und die Frage zu stellen: Geht es wirklich um Migration? Oder geht es in pluralen Demokratien eher um das Gestalten von Postmigration – also um jene Transformations- und Aushandlungsprozesse, die einsetzen, wenn allgemein feststeht, dass eine fortschreitende Pluralisierung nicht mehr aufgehalten werden kann? Die Omnipräsenz des Migrationsdiskurses verdeckt diese zentralen Aushandlungskonflikte um die Neustrukturierung der pluralen Ordnungen des 21. Jahrhunderts, die angetrieben sind von den Gleichberechtigungs-, Emanzipations- und Anerkennungsversprechen der Aufklärung und der demokratischen Moderne, und verlagert sie nach außen – als wären die Gesellschaften unter sich und konfliktfrei, wenn „die Migranten“ von außen nicht kämen. Dabei geht es bei den Fragen um Anerkennung nicht nur um neu Einwandernde und ihre Anliegen, sondern auch verstärkt um jene, die schon seit Generationen im Einwanderungsland leben und aus den ihnen zugesprochenen Positionen hinauszutreten begehren. Diese postmigrantischen Anerkennungskonflikte werden nicht nur von Migrant*innen und ihren Nachkommen ausgetragen, sondern auch von Allianzpartner*innen flankiert und von Antagonist*innen polarisiert. Fünf Dynamiken kennzeichnen die postmigrantische Gesellschaft, die sich zwischen progressiven Positionsgewinnen und reaktionären Rückschlägen hin- und herbewegt: (1) Aushandlungsprozesse um (2) Anerkennung und Teilhabe führen zu neuen (3) Allianzen und (4) Antagonismen, was eine zunehmend polarisierende (5) Ambivalenz erzeugt.

Der demokratietheoretische Einstieg des folgenden Textabschnitts beschreibt zunächst die Ambivalenz, die die pluralen Demokratien kennzeichnet, welche von einem Kernwiderspruch geprägt sind: Sie versprechen Gleichheit für alle – als abstraktes

Prinzip –, gewähren diese jedoch nicht *allen* (im Sinne der konkreten Gesamtheit der Bürger*innen, die in einem demokratischen Nationalstaat zusammenleben). Als Zweites werden die Transformationsprozesse beleuchtet, die durch Aushandlungen von Anerkennung in Gang gesetzt werden. Abschließend gehe ich auf ein postmigrantisches Integrationsverständnis ein.

2. Ambivalenzen der pluralen Demokratien

2.1. Demokratie und Ambivalenz

Ambivalenz – verstanden als gleichzeitiger Geltungsanspruch von Positionen, Einstellungen und Aussagen, die einander widersprechen oder sogar ausschließen (Bauman 2016) – ist bereits im Nachdenken über Demokratien angelegt und zunächst nicht als dysfunktional, sondern eher im Simmel'schen Sinne als ein Konfliktherd zu betrachten, der für gesellschaftlichen Austausch, Aushandlungen und Wandel sorgen kann (Simmel 1908). Schon im 19. Jahrhundert beschrieb Alexis de Tocqueville, dass mit einer nachweisbar abnehmenden Ungleichheit paradoxerweise die Unzufriedenheit und Kritik der Menschen am Staat zunimmt. Dieses *Tocqueville-Paradoxon* erklärte er mit einer zunehmenden Erwartungshaltung der Bürger*innen, die, wenn Emanzipation, Reformen und der Abbau von Ungleichheit erst einmal eingeleitet seien, die bestehenden Ungleichheiten deutlich weniger tolerieren würden, als wenn alles beim Alten geblieben wäre (Tocqueville 1978). Dies spiegelt auch die Dynamik der heutigen postmigrantischen Gesellschaften wider: Auf der einen Seite verbessern sich die Positionen marginalisierter Gruppen – Frauen erkämpfen sich partielle Quoten, Migrant*innen besetzen sichtbare Positionen, LGBTQ-Personen sensibilisieren für sprachliche Gleichstellungen, etc. –, auf der anderen Seite sinkt auch die Bereitschaft in diesen Gruppen, die verbleibenden Lohn- und Repräsentationslücken weiter hinzunehmen. Dies führt zu harschen integrations- und gleichstellungspolitischen Debatten in der Gesellschaft, was unter dem Stichwort Integrationsparadox in der Forschung diskutiert wird (El-Maafalani 2018; [Verkuyten 2016](#)).

Der Demokratietheoretiker Robert A. Dahl beschrieb daher die Ambivalenz – oder, wie er es nannte, das Paradoxon der Demokratie – als das Scheitern ihrer normativen Konstruktion an der empirischen Realität (Dahl 1989). Sie verspricht Gleichheit, aber erfüllt sie nicht so absolut, wie es das Versprechen suggeriert; das Gleiche gilt übrigens für die Freiheit (Mouffe 2008). Jürgen Habermas hat diesen Kernwiderspruch zwischen Norm und Praxis als Konflikt zwischen Verfassungsrecht und Verfassungswirklichkeit beschrieben (Habermas 1992). Neben der Beschreibung jener dichotomen Faktoren, die Demokratien durch Ambivalenz unter Spannung setzen, hat es in der Demokratieforschung immer auch die Suche nach Indikatoren gegeben, die ein Gelingen der Demokratie unterstützen. Um die Möglichkeit zu schaffen, dem normativen Ideal der Demokratie zu entkommen, sprach Dahl von Polyarchien und bemaß Demokratie-

qualität an sieben Kernelementen. Dazu zählte er einerseits ganz basale Kennwerte, wie (1) die Möglichkeit der Wahl und Abwahl der Amtsinhaber, (2) regelmäßig wiederkehrende, faire und freie Wahlen sowie (3) die Möglichkeit, sich aktiv zur Wahl zu stellen, und das passive Wahlrecht für Erwachsene. Er bezog jedoch auch eine Reihe von normativen Prämissen ein, die verrechtlicht werden müssten, nämlich (4) die Möglichkeit der freien Meinungsäußerung, (5) die Informationsfreiheit, (6) die Freiheit, eine Organisation bzw. politische Parteien und Interessengruppen zu bilden, sowie (7) die politischen und bürgerlichen Rechte, die für möglichst alle gelten sollen, womit Dahl die Norm der Gleichheit vor dem Recht und in der politischen Artikulationsfreiheit als Kernaspekte von Demokratien hervorhob (Dahl 2006). Anerkennung wird somit zum Kern moderner Demokratietheorien hinzugezählt und wird zum zentralen Aushandlungsmotor. Dahl setzte dabei die politische Gleichheit nicht nur als wünschenswertes Ideal, sondern als politisches Ziel und Maßstab, an dem sich eine funktionale Demokratie ausrichten solle (Dahl 2006). Gleichheit im Dahl'schen Sinne ist nicht nur die Gleichwertigkeit eines jeden Menschen in moralischer Hinsicht, sondern auch der politische Abbau von Ungleichheit. Dies treibt die pluralen Demokratien dynamisch an, da immer mehr soziale Gruppierungen für sich die Einlösung des Versprechens der Gleichheit einfordern (Foroutan 2019).

Mit der Zeit kamen weitere Kernkonzepte zum Kanon der Demokratieindikatoren hinzu, die heute in postmigrantischen Gesellschaften besonders umkämpft sind: Für einige Demokratietheoretiker sind nämlich Repräsentation und Pluralismus zu zentralen Kategorien geworden, die das politische System der Demokratie nicht nur gewähren, sondern sicherstellen muss (Dahl 1975; Mill 1869; Kelsen 1929; Fraenkel 1964). Während Dahl dabei zunächst vornehmlich mit dem Konzept der repräsentativen und pluralistischen Demokratie arbeitete, in der Macht delegiert und von repräsentativen Volksvertretern und Parteien reguliert wird, verwiesen andere Demokratietheorien stärker auf Repräsentativität aller sozialer Gruppen, Konkordanz und Proporz. Arend Lijphart (1999) etwa betonte Proporz und Konkordanz als wesentliche Elemente moderner Demokratien. Das Ziel einer Demokratie sollte nach Lijphart sein, unterschiedliche Interessen von Bevölkerungsgruppen zu berücksichtigen und zu einem Ausgleich zu bringen sowie einen Konsens oder eine Übereinstimmung in der Entscheidungsfindung herbeizuführen. Nur die Beteiligung unterschiedlicher sozialer Gruppen ermögliche dabei Stabilität (Lijphart 1999). Lijphart forderte, marginalisierte Gruppen durch Proporz oder Quoten an gesellschaftlichen und politischen Machtpositionen zu beteiligen und in die demokratische Interessenartikulation und Entscheidungsfindung einzubeziehen. Das Konzept der Repräsentation durch Delegation wurde hier explizit um die Sichtbarkeit und Teilhabe von Minderheiten in relevanten politischen Positionen erweitert. Benjamin Barber (1984) und Anthony Giddens (1977) gingen noch einen Schritt weiter, indem sie Partizipation und Teilhabe als zentrale Werte hinzunahmen. Die Idee der Repräsentation ist also keineswegs nur eine identitätspolitische.

Diese Ideen stehen im Gegensatz zu demokratietheoretischen Vorstellungen, wie sie etwa Carl Schmitt formulierte, der den Antrieb und die Stabilität von Demokratien in der Einheit und Gleichheit – auch im Sinne von identitärer, ethnischer oder religiöser Homogenität – verankert sah (Schmitt 1932). Eine Pluralität sowohl der Interessen als auch der politischen Artikulationen – oder mehr noch die Vorstellung von Selbstentfaltung oder gleicher Teilhabe marginalisierter Personen – schien in diesen Demokratiekonzeptionen vor allem spannungsreich und daher implizit demokratiegefährdend zu sein. Im Gegensatz zur Schmitt'schen Vorstellung von demokratischer Gleichheit, die auf Gleichartigkeit bzw. Homogenität gründet, bemisst sich die Idee der liberalen, modernen oder pluralen Demokratie am Grad der Anerkennung, Chancengleichheit und Teilhabe sowie der Repräsentation von möglichst alle Bürger*innen in zentralen gesellschaftlichen Prozessen und Positionen. Das formulierte Ziel der pluralen Demokratie ist dabei Machtgleichheit und die Infragestellung der Verankerung von Herrschaft in den Händen einiger weniger privilegierter Gruppen. Unterfüttert wird diese Theorie durch multikulturalistische und postkoloniale Demokratiekonzepte, etwa von Charles Taylor (1993), Stuart Hall (2002) oder Tariq Modood (2007). Hier wird die Teilhabe von marginalisierten gesellschaftlichen Gruppen explizit als Kennwert und Richtlinie pluraler Demokratien angesehen – wenn man so will, sogar als ihr sinnstiftender Endpunkt.

Es gibt also nicht nur gesellschaftspolitisch, sondern auch demokratietheoretisch eine Spannung zwischen jenen, die Pluralität und Repräsentation als grundlegend für die Verfasstheit der Demokratie sehen, und jenen, die eine gelingende Demokratie vor allem in größtmöglicher Homogenität verankern. Der Konflikt ist also nicht in der Migrationsfrage angelegt, sondern in der Demokratiefrage und hier vor allem in der Gleichheitsfrage und der Rolle von Mehrheiten- und Minderheitenverhältnissen.

2.2. Pluralität und Migration

Pluralität gilt einerseits als empirische Beschreibung vielfältiger Gesellschaften, andererseits als normativer Grundsatz und Herausforderung. Migration ist zwar eine zentrale Quelle der Pluralität, aber eben nur eine von vielen. Geschlecht, sexuelle Orientierung, Alter, Religions- und Schichtzugehörigkeit, politische Meinungen und viele Aspekte mehr kennzeichnen die Pluralität von Gesellschaften. Die Pluralität erschwert das Versprechen der Gleichheit, da immer mehr soziale Gruppen diese Gleichheit für sich in Anspruch nehmen. Sie erhöht gleichzeitig die Anforderungen an die Freiheit, da immer mehr soziale Gruppen das Recht auf Entfaltung oder alltagspraktische Erleichterungen ihrer kulturellen, ethnischen, religiösen oder sexuellen Belange etc. artikulieren. Und sie bedroht für viele das Gefühl der Sicherheit, da immer mehr soziale Gruppen Teilhabe an zuvor homogenen Räumen einfordern und dadurch etablierte Zugänge, Positionen und Privilegien infrage stellen. In diesem Sinne ist Pluralität eine Herausforderung für die Demokratie und gleichzeitig ihre empirische Grundlage (Dahl 1982/2006). Wie

bereits einleitend skizziert wurde, ist Migration derzeit jener Bezugspunkt der Pluralität, der im Vordergrund zu stehen scheint. An der Migrationsfrage scheiden sich die politischen und gesellschaftlichen Positionen, mit ihr werden Wahlkämpfe geführt und Trennlinien markiert. Sie ist zum neuen Metanarrativ geworden, gewissermaßen zum Schauplatz des Kampfs um Pluralität

Migration ist somit ein wichtiger Auslöser von Transformationen in demokratischen Gesellschaften. Gleichzeitig muss aber die metanarrative Funktion von Migration infrage gestellt werden, wenn Migration dazu herangezogen wird, um von anderen Fragen abzulenken. Das Problem zunehmend unbezahlbaren Wohnraums, die Unterrepräsentation von Frauen in zentralen Positionen oder die zunehmende Prekarisierung von Arbeitsverhältnissen – sie alle gründen nicht auf Migration. Auch sind Sexismus, Antisemitismus oder Homophobie nicht erst mit der Migration nach Europa eingewandert. Obwohl Einwanderung, nicht nur bezogen auf die Fluchtmigration der letzten Jahre, demografisch sehr unterschiedlich verteilt ist, werden die hitzigen Migrationsdebatten auch in Ländern mit einer Ausländer*innenquote von nur 1 Prozent – wie etwa Polen, Rumänien oder Bulgarien – so geführt, als handle es sich um ein dominantes und zunehmend bedrohliches Phänomen.

Die Migrationsfrage verschleiert somit ungelöste soziale Fragen und kann gleichzeitig wie ein Prisma wirken, wenn es gelingt, sichtbar zu machen, wie gesellschaftliche Konflikte um Gleichheit, Freiheit und Sicherheit – also um die Ziele und Versprechen der Demokratie – exemplarisch anhand der Migrationsfrage verhandelt werden. So vermischen sich beispielsweise gerade in Polen Homogenisierungsstrategien und Migrationsabwehr mit einer starken Antigenderpolitik – die sich in der Tat auch um Fragen von Gleichheit, Freiheit und Sicherheit für LGBTQ+-Personen dreht. Das Auflösen der Akkumulation von Aufmerksamkeit für Migration und das Erkennen der dialektischen Funktion von Migration für die Aushandlungsprozesse in pluralen Demokratien soll dabei als postmigrantische Perspektive bezeichnet werden (Foroutan 2018). Diese Perspektive versucht, eine Konflikt- und Gesellschaftsanalyse auch unabhängig von migrantisch-nichtmigrantischen Dichotomien einzuführen. Es geht nicht darum, dort diese Konfliktlinien zu negieren, wo Migrationserfahrungen oder -bedingungen tatsächlich ursächlich sind. Jedoch ist es nicht mehr zielführend, empirische Erklärungen über soziale Ungleichheit, Mobilität oder Partizipation vorrangig an einer Analyse der Migrationsdichte oder des Migrationshintergrundes zu orientieren – zu divers sind mit der Zeit die Milieus und Herkünfte, das soziale Kapital und die Migrationsbiografien geworden. Es geht der postmigrantischen Perspektive vielmehr darum, den analytischen Blick zu weiten und zusätzliche erklärende Variablen einzubringen, um Konflikte in heterogenen Gesellschaften zu verstehen.

Das postmigrantische Paradigma führt neben Freiheit, Gleichheit und Sicherheit *Pluralität* als „paradoxe Bezugsgröße“ in die Demokratietheorie ein. Das demokratische Paradoxon, das, wie oben skizziert wurde, aus dem permanenten Widerspruch

zwischen Norm und Realität entsteht, spiegelt sich auch im Umgang mit Pluralität. Während Pluralität als Norm in den Grundgesetzen liberaler Demokratien verankert ist, entfaltet sich eine explosive gesellschaftliche Polarisierung zwischen jenen, die diese Vielfalt und die daraus entstehende Mehrdeutigkeit und Ambivalenz akzeptieren, und jenen, die sich nach Eindeutigkeiten sehnen und die Norm der Pluralität anzweifeln oder gar bekämpfen. Pluralität und Parität als Grundsatz werden also von einem Teil der Gesellschaft als legitim erachtet und als sinnstiftender Endpunkt von Demokratien politisch eingefordert und ausgehandelt, was eine progressive Dynamik in Gang setzt. Dieser pluralitätsbefürwortende Teil der Gesellschaft bildet eine Allianz aus dominanten und marginalisierten Gruppen, um gemeinsam Anerkennungsziele auszuhandeln – so kämpfen selbstverständlich nicht nur Migrant*innen um Anerkennung, sondern mit ihnen gemeinsam ein nicht unbedeutender Teil der dominanzkulturellen Gesellschaft, für die sich Demokratie ebenfalls am Versprechen der Gleichheit für alle misst und die soziale Ungleichheiten nicht tolerieren wollen, auch wenn diese sie selbst persönlich nicht betreffen mögen ([Stjepandić/Steinhilper/Zajak 2022](#)). Ein weiterer Teil der Gesellschaft lehnt dieses Versprechen ab bzw. sieht den Anspruch der eigenen Gruppe als vorrangig an. In dieser pluralitätsabwehrenden Gruppe finden sich ebenfalls Akteure aus dominanten und marginalisierten Gesellschaftspositionen – so sind beispielsweise Islamisten und Neue Rechte gleichermaßen davon überzeugt, dass ihrer Gruppe mehr Herrschaftsrechte zustünden. Es entfalten sich also zeitgleich eine progressive und eine regressive Dynamik, was eine akute Ambivalenz erzeugt.

Diese Ambivalenz ist die Signatur postmigrantischer Gesellschaften und ein weiterer Quell konflikthafter Diskurse. Während die proplurale Seite die weiterhin bestehenden Repräsentationslücken, Sprachungleichheiten oder Diskriminierung in den Vordergrund der Aushandlungen stellt, sieht die pluralitätsskeptische oder -feindliche Seite hierin eine Infragestellung gesellschaftlicher Verhältnisse und ist eher angetrieben von der Vorstellung, dass Gleichheitsrechte bereits zur Genüge hergestellt seien oder gar rückgängig gemacht werden sollten. Während also Rechte von Minderheiten erkämpft, anerkannt und umgesetzt werden, findet zeitgleich diskursiv und machtpolitisch eine Abwehr der Forderungen statt, womit wieder Rückschritte einhergehen. Wir können also von einer stark polarisierten, ambivalenten Gesellschaft sprechen, die dazu neigt, die erhöhte Ambivalenz damit zu reduzieren, dass sie Migration und die mit ihr einhergehende Heterogenisierung als ursächlich ansieht und in quasi existenzieller Weise darüber debattiert – als würde mit dem Einhegen der Migration auch die Ambivalenz unserer Zeit verschwinden. Aber die Ungleichheiten und gesellschaftlichen Widersprüche, die Geschlechterdiffusion, der Widerspruch zwischen Klimaneutralität und Mobilität, zwischen Aufstiegstraum und Work-Life-Balance, zwischen Grenze und Humanismus – all das wäre immer noch da, auch wenn es morgen keine Migrant*innen mehr gäbe. Die Migrationsfrage ist also vielfach nur ein Proxy für eine zunehmend unbegreifliche Neuordnung sozialer Verhältnisse.

3. Transformation und Dynamik pluralisierter Gesellschaften

Gegenstand einer postmigrantischen Gesellschaftsanalyse sind die Prozesse und Dynamiken, die einsetzen, wenn Migration zu einem (wesentlichen) Bestandteil zentraler Lebens- und Erfahrungsbereiche einer Gesellschaft geworden ist, während zeitgleich über diese Normalisierung gestritten wird. Wenn Einwanderungsländer über Politiken, Diskurse, Gesetze, Sichtbarkeiten, Freundeskreise, Partnerschaften, Konsumgewohnheiten, Sport, Kulturproduktion, Medien etc. als Ganzes durch „Erfahrung der Migration strukturiert“ sind, wie Vassilis Tsianos und Juliane Karakayali (2014, 34) schreiben, dann sind zwar Konfliktlinien zwischen neu Hinzugekommenen und jenen, die schon länger im jeweiligen Einwanderungsland leben – also zwischen Etablierten und Außen-seitern, wie es Norbert Elias formuliert (Elias/Scotson 2002) –, weiterhin präsent. Sie sind jedoch in ihrer derzeitigen binären Logik infrage zu stellen, denn die Etablierten können auch Migrant*innen sein, die schon länger im Einwanderungsland leben, wie etwa die Abwertung neu hinzugekommener Geflüchteter durch Migrant*innen, die bereits längere Zeit in Deutschland lebten, erkennen ließ. Die analytische Kategorie der Etabliertenvorrechte bleibt also weiterhin konsistent; sie verweist jedoch darauf, dass die dominante Konfliktlinie hier nicht unbedingt zwischen Personen mit und ohne Migrationshintergrund verläuft und dass es postmigrantisch zu immer neuen positionalen Veränderungen in der Gesellschaft kommt. Diese neuen Positionen und Rechte werden teilweise offensiv ausgehandelt. Dabei geht es um die Anerkennung der versprochenen Gleichwertigkeit. Hier gibt es, wie bereits demokratietheoretisch hergeleitet wurde, eine große Ambivalenz zwischen den Rechten, die versprochen wurden, und den Anerkennungsdefiziten, die das tägliche Leben bestimmen.

3.1. Aushandlung

Die Transformationsdynamik postmigrantischer Gesellschaften entsteht aus der Aushandlung der umkämpften Güter und Ressourcen, die Gleichheit und Gleichwertigkeit symbolisieren. Um diese Ressourcen kämpfen mit zunehmendem Selbstbewusstsein nun auch Migrant*innen und ihre Nachkommen. Nicht nur in Deutschland ist in den letzten Jahrzehnten politisch und gesellschaftlich eine kontinuierliche Aushandlung der Einwanderungsrealität und der nationalen Identität zu beobachten. Während für Deutschland die ersten 25 Jahre nach dem Anwerbeabkommen von 1955 vor allem von der Annahme geprägt waren, die eingewanderten Migrant*innen würden wieder in ihre alte Heimat zurückkehren, dominierte in den darauffolgenden 25 Jahren die politische Abwehr des Eingeständnisses, ein Einwanderungsland geworden zu sein. Erst die beginnenden 2000er-Jahre und besonders das Jahrzehnt nach dem „Integrationsgipfel“ 2006, auf dem die deutsche Politik auf Drängen der damaligen Bundeskanzlerin Angela Merkel erstmals eine konzertierte staatlich gesteuerte Integrationspolitik entwarf, können als eine sehr dynamische Phase betrachtet werden, in der die deutsche Gesellschaft ihre Migrationsrealität aktiv ausgehandelt und in Teilen politisch anerkannt

hat, ein Einwanderungsland zu sein – was die sogenannte Süßmuth-Kommission bereits 2001 festgehalten hatte (Unabhängige Kommission „Zuwanderung“ 2001). Ähnliche Phasen der Abwehr und Anerkennung von Einwanderungsrealitäten haben andere europäische Länder wie Österreich oder die Schweiz durchlaufen, die allesamt laut ihrer Selbstbeschreibung keine Einwanderungsländer waren und auch keine koloniale Erzählung hatten, durch die sie Migrant*innen aus den besetzten Ländern einen Bürgerschaftsanspruch garantiert hätten, wie dies bei Frankreich, Großbritannien oder den Niederlanden der Fall war (der Bevölkerung der ehemaligen Kolonien wurde zwar mit deren Unabhängigkeit auch der Bürgerschaftsanspruch unmittelbar entzogen, er wirkte jedoch teilweise für Migrant*innen aus diesen Staaten noch einige Zeit nach).

Diese Aushandlungsprozesse, die mit der Anerkennung ein Einwanderungsland zu sein einhergehen, machen bestehende Ungleichheiten sichtbar und stellt sie zugleich infrage, was zu starken politischen Spannungen und gesellschaftlichen Positionskämpfen führt, die unsere heutige polarisierte Zeit kennzeichnen. Im Narrativ, dass Deutschland, Österreich oder ein anderes Land ein Einwanderungsland sei, schwingt nämlich mit, dass die Rechte der eingewanderten Bürger*innen den Rechten der Etablierten gleichgestellt seien oder dies zumindest nach Ablauf einer absehbaren Frist und spätestens mit der Einbürgerung der Fall sein sollte. Die Zäsur besteht darin, dass der politische Akt eine neue legitimatorische Basis herbeiführt und gleichzeitig eine stärkere rechtliche Basis für die Aushandlung von Positionen, Repräsentationen und Gleichheit legt, da er diese politisch legitimiert und die Kämpfe um diese Gleichberechtigung im rechtlichen Rahmen verankert. Die Erklärung, ein Einwanderungsland zu sein, trägt den Anspruch auf Gleichheit somit aus dem vopolitischen, moralischen Raum in den politischen Raum der Veränderbarkeit von Gesellschaften hinein. Die Grundlage für das Versprechen der Gleichheit richtet sich demnach auch an Menschen, deren Vorfahren nicht immer schon in diesem Land gelebt hatten. Die politisch ausgesprochene Anerkennung der Einwanderungsrealität erhöht im Anschluss stetig den Druck vonseiten der migrantischen Bevölkerung und ihrer politischen und gesellschaftlichen Allianzpartner*innen, die fordern, Ungleichheiten nicht mehr fatalistisch als systemimmanent zu akzeptieren, sondern das politische System in seinem demokratischen Selbstanspruch herauszufordern. Minderheitenrechte und -positionen werden seitdem im Kontext von Wettbewerbs- und Verteilungsfragen neu ausgehandelt, was besonders in Krisenzeiten zu intersektional ausgerichteten Bündnissen führen kann ([Zajak/Stjepandić/Steinhilper 2020](#)) – die Frage nach Privilegien wird offen artikuliert. Aus diesem Grund sollen jene Gesellschaften als „postmigrantisch“ bezeichnet werden, in denen der Akt der politischen Anerkennung, zu einem Einwanderungsland geworden zu sein, die gesellschaftlichen Aushandlungsprozesse prägt. Auch die Positionalität verschiebt sich: Es sind nicht mehr nur die Mehrheiten, die Diskursmacht haben, vielmehr bringen sich auch die Minderheiten in den hegemonialen Diskurs ein. Sie sind ab dem Zeitpunkt, zu dem das Land als Einwanderungsland bezeichnet wird, zu legitimen

Diskursteilnehmenden aufgewertet worden – zumindest theoretisch. Die Zielsetzung, diese theoretische Gleichwertigkeit in strukturelle, kulturelle, soziale und identifikative Gleichbehandlung sowie Anerkennung umzusetzen, kennzeichnet die postmigrantische Gesellschaft und bildet die Grundlage der gesellschaftlichen Spannungen, die im Kampf um die Verteilung objektiver und symbolischer Güter entbrannt sind. Dem Ringen um gleiche Bildungschancen, faire Arbeitsmarktbeteiligung und Repräsentation folgt ein Aushandeln kultureller Deutungshoheit, sozialer Zugehörigkeit und nationaler Identität. Dies führt auch zu einem Perspektivenwechsel, nämlich zur Reflektion bestehender struktureller Privilegien im Sinne von „institutional Whiteness“ (Ahmed 2012) und zu zunehmenden Debatten um das Verständnis von Rassismus.

In Deutschland hat die Aushandlung und vor allem die Anerkennung, ein Einwanderungsland zu sein, nicht nur zu einer Reihe von gesetzgebenden Initiativen geführt – exemplarisch sind zu nennen: die Reform der Staatsbürgerschaft und die Einführung des bedingten *ius soli* (1999/2000), das Zuwanderungsgesetz (2004), die Bluecard (2011), die Anerkennung ausländischer Abschlüsse (2012) oder die doppelte Staatsbürgerschaft für in Deutschland geborene Kinder ausländischer Eltern (2014); diese alle wurden infolge der politischen Anerkennung, ein Einwanderungsland zu sein, implementiert. Im Jahr 2001 – zeitgleich mit dem Bekenntnis, ein Einwanderungsland zu sein – hat auch eine Debatte um die deutsche Leitkultur begonnen, die in regelmäßigen Abständen wiederkehrt und die Frage der Aushandlung von nationaler Identität und sozialem Zusammenhalt im Kontext migrationsbezogener Pluralität immer wieder neu stellt.² Die Debatte verdeutlicht die Dynamik der postmigrantischen Gesellschaften exemplarisch: Diese changiert zwischen Positionsgewinnen, die pluralitätsorientierte Migrant*innen gemeinsam mit ihren Alliierten erreichen, und reaktionären Rückschlägen, die von den antagonistischen Gruppen bewirkt werden – hier sind pluralitätsaverse Migrant*innen ebenfalls vertreten.

3.2. Anerkennung

Marginalisierte, nicht dominante oder sozial benachteiligte Gruppen haben damit begonnen, auf der Basis des Versprechens der pluralen Demokratie ihre „messbare Teilhabe [...] an den zentralen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens, das heißt an Erziehung, Bildung, Ausbildung, Arbeitsmarkt, Recht, Sozialem bis hin zur politischen Partizipation“ (Bade 2013, ohne Seitenzahl) einzufordern. Wenn Ungleichheit politisch als illegitim betrachtet wird, werden die bestehenden Ansprüche offensiver ausgehandelt. Die Aushandlung von Anerkennung ist demnach ein zentraler dynamischer Treiber gesellschaftlicher Veränderungen in postmigrantischen Gesellschaften. Die Anerkennung von Rechten und Privilegien, aber auch von kultureller Hegemonie und Zugehörigkeit geht immer auch mit gesellschaftlichen Konflikten einher, die durch die

² Zu Leitkulturdebatten in Deutschland vgl. [Tibi 2017](#).

Spannung zwischen Akzeptanz und Ablehnung der gestellten Forderungen auftreten: Migrant*innen und ihre Nachkommen verlangen mehr repräsentative, sichtbare Positionen in Politik, Kultur, Medien, öffentlichem Dienst etc., vor allem jedoch handeln sie die im Grundgesetz angelegten Versprechen der pluralen Demokratie aus: insbesondere jenes Versprechen der Gleichheit aller Bürger*innen vor dem Recht. Dazu gesellen sich normative Aspekte des Anspruchs auf Zugehörigkeit zu symbolischen Gütern wie z. B. zur nationalen Identität.

Axel Honneth beschreibt den Kampf um Anerkennung als einen zentralen Treiber sozialen Wandels, denn die Sehnsucht und die Suche danach sowie entsprechende Forderungen danach wirken in persönlicher und kollektiver Hinsicht sinnstiftend (Honneth 1992). „Anerkennung bezeichnet [...] den Akt, in dem zum Ausdruck kommt, dass die andere Person Geltung besitzen soll [und] die Quelle von legitimen Ansprüchen ist“ schreibt Honneth (2003, 15) und betont somit sowohl die rechtliche als auch die existenzielle Bedeutung von Anerkennung – beides sind zunächst normative Ebenen. Auch Charles Taylor hält die destruktiven gesellschaftlichen Folgen ungewährter Anerkennung fest, wenn er schreibt: „Nichtanerkennung [...] kann eine Form der Unterdrückung sein, kann den Anderen in ein falsches, deformiertes Dasein einschließen“ (Taylor 1993, 13). Taylor geht davon aus, dass Anerkennung ein menschliches Grundbedürfnis ist und daher staatlich einklagbar sein sollte, so wie andere Primärgüter auch. Anerkennung wäre demnach vergleichbar mit Meinungsfreiheit, Rechts- und Einkommenssicherheit oder Gesundheitsversorgung (Taylor 1993, 15). Dabei geht Taylor noch einen Schritt weiter und fordert, die Anerkennung von Differenz als ein weiteres zentrales Ziel pluraler Demokratien zu berücksichtigen.

Tatsächlich geht es in postmigrantischen Gesellschaften um zahlreiche Anerkennungsparameter die strukturelle, soziale, kulturelle und symbolische bzw. identifikative Ungleichheiten betreffen. Zur Anerkennung der grundierenden Narration – der Anerkennung, ein Einwanderungsland zu sein – gesellt sich eine weitere grundlegende Anerkennungsprämisse: zunächst einmal zu sehen und anzuerkennen, dass es tatsächlich etablierte Ungleichheitsverhältnisse gibt. Die Anerkennung von Diskriminierung, historischer Schuld oder der Existenz von strukturellem Rassismus bewirkt also eine Metadebatte um Anerkennung, die parallel zu messbaren Anerkennungsdefiziten in strukturellen, kulturellen, sozialen oder identifikativen Zusammenhängen stattfindet und bereits für polarisierende politische Debatten sorgt, da sie teilweise tief einschneidet in das Selbstbild und nationale Identitätsnarrative.

Gemeinsam können sich marginalisierte Gruppen im Kampf um Rechte auf Anerkennung zusammenschließen. Diese postmigrantischen Allianzen verändern die Gesellschaft sowohl strukturell-institutionell (Einrichtung neuer Verbände oder neuer Behörden, z. B. der Antidiskriminierungsstelle des Bundes; neue Gesetze wie Reform der Staatsangehörigkeit), als auch sozial (binationale Ehen, Nachbarschafts- und Freundschaftsverhältnisse, Vereinslandschaft etc.), kulturell (Sprache, Religiosität, Normen – z. B.

Diversität als Norm) und identifikativ (nationale Identität, Zugehörigkeit, Heimat). Es kommt jedoch nicht nur zu Allianzen und zu einer Zusammenführung von Interessenkämpfen in postmigrantischen Gesellschaften, sondern auch zu Konkurrenz um Ressourcen und Aufmerksamkeit (Yurdakul 2013).

Die Polarisierung vollzieht sich entlang der Demarkationslinie der Akzeptanz bzw. Abwehr der Versprechen der pluralen Demokratie. Die Grenze in postmigrantischen Gesellschaften verläuft dabei entlang pluralitätsfeindlicher und propluraler Positionen. In der Migrationsfrage wird der Kampf um die plurale Demokratie besonders deutlich ausgetragen, da diese die etablierten gesellschaftlichen Grenzziehungen sowohl in symbolischer als auch in sozialräumlicher Hinsicht infrage stellt. Die Migrationsfrage ist in diesem Kontext zur Chiffre für die Frage geworden, ob sich Demokratien als freie, offene und zukunftsgerichtete Gesellschaften betrachten oder ob Schließungsprozesse und Begrenzungen von Pluralität politisch wirksam werden.

4. Postmigrantische Integration

Um den Polarisierungstendenzen in pluralen Demokratien entgegenzuwirken, ist es notwendig, ein ausgeweitetes Integrationskonzept zu entwickeln, das jene adressiert, die sich nicht als Teil der postmigrantischen Gesellschaft verstehen oder sich aktiv gegen diese wenden. Integration ist lange Jahre ein Paradigma gewesen, das vor allem auf eine Bringschuld von Migrant*innen hinwies. Dieses Paradigma hat sich zunehmend ausgeweitet; es wird nun auf breitere Teile der Gesellschaft bezogen und dadurch zu einer Holschuld umdefiniert (Bade 2007; Foroutan/Kalter 2021; Treibel 2015): Wenn Kindern aus Einwanderungsfamilien, Frauen, Ostdeutschen, Transmenschen, Arbeiterkindern oder Menschen mit Behinderung der Zugang zu gesellschaftlichen Positionen gleichermaßen erschwert wird, dann liegt es auf der Hand, nach systemischen Anerkennungsdefiziten und Ungleichheitsfaktoren zu fragen und nicht nur gruppenspezifische und mikrosoziologische Erklärungen anzubieten (Foroutan et al. 2019).

Die in diesem Text vorgestellte postmigrantische Perspektive versucht nun, mit dem Wissen um die Pluralisierung der Gesellschaft den Integrationsbegriff paradigmatisch auszuweiten und darauf aufmerksam zu machen, dass Integration in heterogenen Gesellschaften nicht nur Migrant*innen betrifft, sondern all jene, denen „die messbare Teilhabe [...] an den zentralen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens, das heißt an Erziehung, Bildung, Ausbildung, Arbeitsmarkt, Recht, Sozialem bis hin zur politischen Partizipation“ (Bade 2013, ohne Seite) verwehrt bleibt. Mangelnde Anerkennung, fehlende Chancengleichheit und nicht vorhandene Teilhabe als Treiber der Desintegration betreffen demnach weit mehr Menschen als nur „die Migranten“. Darauf aufmerksam zu machen ist ein zentrales Ziel der postmigrantischen Gesellschaftstheorie.

Eine postmigrantische Perspektive formuliert als integrationspolitische Zielsetzung:

1. Anerkennung von Gleichwertigkeit als zentrale Norm und Versprechen des Grundgesetzes soll die plurale Demokratie – im Sinne der Habermas'schen Sinn-

gebung mit Blick auf einen narrativen sinnstiftenden Endpunkt (Ricoeur 1991) hin – anleiten. Integration soll als Staatsziel ins Grundgesetz aufgenommen werden ([Dilmaghani 2015](#)).

2. Chancengleichheit und der Abbau von Ungleichheit und Diskriminierung sollen politische Ziele werden. Hierzu sind schärfere Antidiskriminierungsrichtlinien notwendig.
3. Teilhabe in gleichberechtigter Form an zentralen rechtlichen, politischen und ökonomischen Ressourcen und Gütern der Gesellschaft soll ermöglicht werden. Dafür sind Gleichstellungsquoten notwendig.

In diesem Zusammenhang bietet sich der Gebrauch des leicht merkbaren Akronyms ACTIV an, das für *Anerkennung, Chancengleichheit und Teilhabe in Vielfaltsgesellschaften* steht, also für erweiterte integrationspolitische Maßnahmen (Foroutan 2015).

Der Terminus postmigrantisch ist als subversiver Verweis auf die Fluidität von Herkunft, Kultur und die Transformation kollektiver Identität entstanden. Wenn Neues hinzukommt und Altes bestehen bleibt, beides nebeneinander steht, sich zusammenfügt, ausschließt oder ganz neu sortiert, dann sind auch Begriffe notwendig, die diese Transitionsphasen benennen. Der Begriff postmigrantisch verweist auf eine stetige Hybridisierung und Pluralisierung von Gesellschaften, die zwar nicht allein durch Migration erzeugt, jedoch exemplarisch an ihr verhandelt werden. Migration wirkt als zentraler diskursiver Treiber in dieser Gesellschaft und ordnet kulturelle und nationale Narrative sowie Prämissen der Zugehörigkeit neu. Im Hinblick auf das Verständnis von Gesellschaften, die von Migration und Migrationsdiskursen geprägt sind und die sich zunehmend weiter pluralisieren, bietet eine postmigrantische Integrationsperspektive die Möglichkeit, Aushandlungsprozesse vor dem Hintergrund etablierter Machtstrukturen zu analysieren. Hierbei denkt die postmigrantische Analyse über etablierte Trennlinien in der Sozialforschung hinaus und nimmt die Gesellschaft als Ganzes in den Blick, statt sich auf das etablierte Analysekonzept von Migrant*innen versus Nichtmigrant*innen – häufig bezeichnet als Minderheiten und Mehrheitsgesellschaft – zu konzentrieren. Binäre Konstruktionslogiken werden somit infrage gestellt. Die normative Positionierung der postmigrantischen Integrationspolitik ergibt sich aus der Tatsache, dass das auf dem Spiel stehende Gut die Aushandlung der gleichen Rechte ist.

Eine postmigrantische Integrationspolitik richtet also empirisch-analytisch den Blick auf die Dynamik des Wandels und die Folgen der Transformationsprozesse für die gesamte Gesellschaft und verlässt somit die jahrelange Fixierung auf *die* Migrant*innen als vorrangige Adressaten der Integration. Mit der kritisch-dialektischen Reflexion der Debatten rund um die Konstruktion des migrantischen Anderen lenkt die postmigrantische Perspektive die Gesellschaftsanalyse gezielt auf Fragen der ökonomischen, geschlechtsspezifischen, machtorientierten, kulturell und ethnisch bzw. rassistisch legitimierten Ungleichheit und die normative Kernfrage, wie wir in zunehmend pluralen Gesellschaften zusammenleben wollen.

5. Fazit

Der Rechtspopulismus stellt das Normensystem der pluralen Demokratien, die „offenen Gesellschaften“, infrage, die sich selbst als progressiv, inklusiv und emanzipativ beschreiben. Besonders dort, wo die Forderungen nach Gleichheit die Infragestellung von Privilegien mit sich bringen – etwa bei der Einforderung von Gleichstellungsgesetzen, Antidiskriminierungsrichtlinien, (Frauen-)Quoten oder Sprachsensibilisierung –, formiert sich breiter Widerstand. Die Gleichheits- und Emanzipationsprozesse werden als Bevormundung, Volksverrat oder Luxusprobleme und Befindlichkeitsrhetorik abgetan.

Seit mehr als einem Jahrzehnt ist in Europa ein Erstarren migrationsfeindlicher Parteien zu beobachten, die sich nicht nur gegen Migration, sondern gleichzeitig gegen die Europäische Union, gesellschaftliche Eliten und soziale sowie religiöse Minderheiten positionieren (Wodak 2015; Wodak/Khosravinik/Mral 2013; [Inglehart/Norris 2017](#); Larsen/Spielhaus 2017). So nehmen parallel zur Migrationsfeindlichkeit auch Europaskepsis, Antifeminismus, Homo- und Transfeindlichkeit, Islamfeindlichkeit, Antisemitismus und die Feindseligkeit gegenüber jenen Teilen der „Mehrheitsgesellschaft“, die politisch und gesellschaftlich für eine plurale Demokratie eintreten, auch wenn sie selbst keiner Minderheit angehören, zu. Die genannten Angriffspunkte stehen alle sinnbildlich für Pluralität, werden jedoch vom Migrationsthema als übergeordnetem Narrativ überlagert: Auch die EU symbolisiert Pluralität, steht sie doch für einen pluralen Raum, der die Ausweitung der Grenzen der Nation bedeutet; die als „Gutmenschen“ und „Volksverräter“ diffamierten „Eliten“ sind vor allem pluralitätsoffene Akteur*innen, die als Kosmopoliten und „vaterlandslose Gesellen“ bezeichnet werden, weil sie eine internationalistische Perspektive einnehmen. In derselben Manier werden Migrant*innen, Muslime sowie sexuelle Minderheiten als national, religiös und identitär amorphe Stellvertreter der Heterogenität angesehen, die etablierte kategoriale Grenzen pluralisieren und damit Diversitätsstress und Mehrdeutigkeit erzeugen. Da die Abwehr von Migration eine Verbindung mit anderen gruppenbezogenen Arten der Menschenfeindlichkeit eingeht und sich im rechtspopulistischen Milieu die Europa-, Eliten- und Demokratiefeindlichkeit zugesellt (Kaltwasser et al. 2017), kann ein Muster der Antipluralität diagnostiziert werden (Decker/Brähler 2018, 100; Zick/Küpper/Krause 2016), das auch mit einer Form der Ambiguitätsintoleranz einhergeht ([Furnham/Ribchester 1995](#)).

Migration wird dabei subjektiv zum Ausgangspunkt der Heterogenisierung und Pluralisierung der Gesellschaft erklärt, da in der Präsenz der migrantischen Anderen die Pluralität deutlicher sichtbar, manifester, gewissermaßen physischer zu werden scheint als in der Vielfalt von Geschlechtern, politischen Positionen oder Nationen, wie sie die EU propagiert. Während also die Europäische Union mit dem Schengener Abkommen die Bedeutung der nationalen Grenzen verblassen ließ und die Genderfrage zunehmend die geschlechtliche Codierung und Grenzziehung infrage stellt, verkörpert Migration die Überwindung objektiver und symbolischer Grenzen gleichermaßen – objektiver Grenzen, weil die Migrant*innen, um in Deutschland anzukommen, Ländergrenzen

überschritten haben; symbolischer Grenzen vor allem dann, wenn sie das Versprechen der Demokratie einfordern, Anerkennung aushandeln und Teilhabe als Gleiche unter Gleichen beanspruchen (Römhild 2018).

Die postmigrantische Gesellschaft ist daher gekennzeichnet von einer polarisierten Akteurskonstellation (Antagonisten und Allianzen) auf der einen und einer Prozesskonstellation (Aushandlung von Anerkennung) auf der anderen Seite. Die widersprüchliche Interaktion von Prozessen und Akteuren erzeugt einen ambivalenten Effekt, der sich verunsichernd auf jenen Teil der Bevölkerung auswirkt, der Pluralität ablehnt, und dynamisch auf einen anderen Teil der Bevölkerung, der Pluralität befürwortet. Dazwischen gibt es weniger trennscharfe Positionierungen, die eine zusätzliche Dynamik bewirken, da sie sich je nach Mobilisierungsgrad und gesellschaftlichem Topos auf der einen oder der anderen Seite verorten lassen. Auch das erhöht die Ambivalenz und die Ambiguität in der postmigrantischen Gesellschaft. Grob gesagt: Alles kreist um das Gleichheitsversprechen der pluralen Demokratie. Diese verspricht normativ, dass alle Bürger*innen gleichermaßen an den Ressourcen und Gütern der Gesellschaft beteiligt werden. Das Versprechen ist nur durch eine Integrationspolitik für die gesamte Gesellschaft einzulösen, daher lässt sich in Anlehnung an Rousseaus Gesellschaftsvertrag sagen, dass ein „Integrationsvertrag für alle“ notwendig ist. Integration ist hier gemeint als messbare Teilhabe aller an den zentralen Gütern und Ressourcen der Gesellschaft (Bade 2013). Damit sind nicht nur ökonomische und soziale Güter gemeint, sondern auch symbolische, identifikative und kulturelle. Das unterscheidet die Integrationsfrage von der Ungleichheitsfrage, die sich vor allem auf soziale und ökonomische Ungleichheiten konzentriert und dabei die kulturelle und die identifikative Teilhabe latent vernachlässigt – aber gerade diese werden derzeit besonders vernehmlich eingefordert (Lamont 2018).

Das postmigrantische Paradigma leistet einen Beitrag zu einer Re-Analyse gesellschaftlicher Verhältnisse, wenn es zunehmend schwieriger wird, Akteur*innen in Etablierte und Außenseiter einzuteilen. In Zeiten, in denen die europäischen Einwanderungsländer teilweise in dritter und vierter Generation migrantisch durchdrungen sind, stellen auch Migrant*innen einen Teil der Etablierten dar, und die Differenzstrategien ordnen sich neu. Das Gleichheitsversprechen der pluralen Demokratien führt diese Gruppen nun als kompetitive Akteure zusammen und nicht mehr in den ihnen zugewiesenen Hierarchien. Dies erfordert neben Gleichheits- und Differenzvorstellungen auch eine immerwährende Dekonstruktion der Analyseverhältnisse, zu der das postmigrantische Paradigma beitragen kann.

Es ist daher wichtig, zu erkennen, dass „postmigrantisch“ nicht „nach dem Ende der Migration“ bedeutet. Migration findet, wie in den Jahrtausenden zuvor, weiterhin statt, und zwar zunehmend auch in neuen Formen von Mobilität, die nicht mit dauerhafter Niederlassung enden, sondern temporär (Bauböck 2017; Shinozaki 2014), transnational (Pries 2019; Nowicka 2019) und superdivers sind (Vertovec 2007). Das gilt sowohl für die

Mobilität von EU-Bürger*innen als auch für die ökonomisch motivierte reguläre und irreguläre Migration aus Drittstaaten.

Die Perspektive der Integration in pluralen postmigrantischen Gesellschaften auf der Basis des Gleichheitsversprechens muss daher ausgeweitet werden auf die Frage, wie jene in dieses Versprechen einbezogen werden sollen oder können, die ihren Lebensmittelpunkt nicht dauerhaft oder ausschließlich im Territorium der Migrationsgesellschaft verankern. Die Integration temporärer Migration in die politische Selbstaushandlung von Demokratien ist auch eine Frage von Grenzregimen, Open-Border-Politiken und Rechtspraktiken (Hess 2012, Bauder 2014). Migration ist also letztendlich nicht einfach nur ein empirischer Prozess der Verlagerung des Lebensmittelpunktes; mit ihr gehen auch Sehnsüchte, Erwartungen und Biografietransformationen einher. Sie führen zu multiplen Verbindungen und Zugehörigkeiten, zu Verlust und Neuanfang. Zu der Vielzahl der Migrationsidentitäten zählen auch diejenigen von temporären Immigrant*innen und Emigrant*innen, die ein Land auf längere Sicht verlassen, ohne die transnationale Bindung an dieses Land aufzugeben. Das Selbstverständnis der pluralen postmigrantischen Gesellschaft müsste sich daher auch in der Anerkennung partieller und mehrfacher transnationaler Zugehörigkeiten ausdrücken, die auch eine Differenzierung von Rechten und nicht nur Gleichberechtigung erfordert.

Bibliografie

- Ahmed, Sara 2012: *On being included: Racism and diversity in institutional life*, Durham.
- Bade, Klaus J. 2007: ‚Versäumte Integrationschancen und nachholende Integrationspolitik‘, in Klaus J. Bade/Hans-Georg Hiesserich (Hg.): *Nachholende Integrationspolitik und Gestaltungsperspektiven der Integrationspraxis. Beiträge der Akademie für Migration und Integration, Heft 11*, Göttingen, 21–95.
- Bade, Klaus J. 2013: „Integration muss weg vom Innenministerium. Klaus J. Bade im Interview mit Andrea Dernbach“, *Tagesspiegel*, 7. Oktober. Abgerufen am 26. März 2021 unter <https://www.tagesspiegel.de/politik/vor-der-regierungsbildung-integration-muss-weg-vom-innenministerium/8894400.html>.
- Barber, Benjamin R. 1984: *Strong democracy: Participatory politics for a new age*, Berkeley.
- Bauböck, Rainer 2017: ‚Temporary migrants, partial citizenship and hypermigration‘, *Critical Review of International Social and Political Philosophy*, Jg. 14, Nr. 5, 665–693. <https://doi.org/10.1080/13698230.2011.617127>.
- Bauder, Harald 2014: ‚Domicile citizenship, human mobility and territoriality‘, *Progress in Human Geography*, Jg. 38, Nr. 1, 91–106. <https://doi.org/10.1177/0309132513502281>.
- Bauman, Zygmunt 2016: *Moderne und Ambivalenz. Das Ende der Eindeutigkeit*, Hamburg.
- Dahl, Robert A. 1975: *Und nach der Revolution? Herrschaft in einer Gesellschaft freier Menschen*, Frankfurt am Main.
- Dahl, Robert A. 1982: *Dilemmas of pluralist democracy – Autonomy vs. control*, New Haven.

- Dahl, Robert A. 1989: *Democracy and its critics*, New Haven.
- Dahl, Robert A. 2006: *On political equality*, New Haven.
- Decker, Elmar/Brähler, Oliver 2018: *Flucht ins Autoritäre. Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft – Die Leipziger Autoritarismus-Studie 2018*, Gießen.
- Dilmaghani, Farhad 2015: „Für ein anderes Grundgesetz“, *Süddeutsche Zeitung*, 12. Oktober. Abgerufen am 26. März 2021 unter <https://www.sueddeutsche.de/politik/aussenansicht-fuer-ein-anderes-grundgesetz-1.2688091>.
- El-Mafaalani, Aladin 2018: *Das Integrationsparadox. Warum gelungene Integration zu mehr Konflikten führt*, Köln.
- Elias, Norbert/Scotson, John L. 2002: *Etablierte und Außenseiter*, Frankfurt am Main.
- Foroutan, Naika 2015: ‚Konviviale Integration in postmigrantischen Gesellschaften‘, in Frank Adloff/Volker M. Heins (Hg.): *Konvivialismus. Eine Debatte*, Bielefeld, 205–216.
- Foroutan, Naika 2018: ‚Die postmigrantische Perspektive: Aushandlungsprozesse in pluralen Gesellschaften‘, in Marc Hill/Erol Yildiz (Hg.): *Postmigrantische Visionen: Erfahrungen – Ideen – Reflexionen*, Bielefeld, 15–27.
- Foroutan, Naika 2019: *Die postmigrantische Gesellschaft: Ein Versprechen der pluralen Demokratie*, Bielefeld.
- Foroutan, Naika/Kalter, Frank 2021: ‚Integration‘, in Brigitta Schmidt-Lauber/Manuel Liebig (Hg.): *Begriffe der Gegenwart. Ein kulturwissenschaftliches Glossar*, Böhlau/Wien, 153–163.
- Foroutan, Naika/Kalter, Frank/Canan, Coşkun/Simon, Mara 2019: *Ost-Migrantische Analogien I. Konkurrenz um Anerkennung*. Unter Mitarbeit von Daniel Kubiak und Sabrina Zajak, Berlin.
- Fraenkel, Ernst 1964: *Deutschland und die westlichen Demokratien*, Stuttgart.
- Furnham, Adrian/Ribchester, Tracy 1995: ‚Tolerance of ambiguity: A review of the concept, its measurement and applications‘, *Current Psychology*, Jg. 14, Nr. 3, 179–199. <https://doi.org/10.1007/BF02686907>.
- Giddens, Anthony 1977: *Studies in social and political theory*, London.
- Habermas, Jürgen 1992: *Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaates*, Frankfurt am Main.
- Hall, Stuart 2002: ‚Demokratie, Globalisierung und Differenz‘, in Okwui Enwezor (Hg.): *Demokratie als unvollendeter Prozess*, Berlin, 21–39.
- Hess, Sabine 2012: ‚Gefangen in der Mobilität. Prekäre Zonierungsprozesse an den Rändern Europas‘, *Behemoth: A Journal on Civilisation*, Jg. 2, Nr. 1, 8–29. <https://doi.org/10.1515/behemoth.2012.003>.
- Honneth, Axel 1992: *Kampf um Anerkennung. Zur moralischen Grammatik sozialer Konflikte*, Frankfurt am Main.
- Honneth, Axel 2003: *Unsichtbarkeit. Stationen einer Theorie der Intersubjektivität*, Frankfurt am Main.

- Inglehart, Ronald/Norris, Pippa 2017: ‚Trump and the populist authoritarian parties: The silent revolution in reverse‘, *Perspectives on Politics*, Jg. 15, Nr. 2, 443–454. <https://dx.doi.org/10.1017/S1537592717000111>.
- Kaltwasser, Cristóbal Rovira/Taggart, Paul A./Ochoa Espejo, Paulina/Ostiguy, Pierre 2017: ‚Populism: An Overview of the Concept and the State of the Art‘, in Cristóbal Rovira Kaltwasser/Paul A. Taggart/Paulina Ochoa Espejo/Pierre Ostiguy (Hg.): *The Oxford handbook of populism*, Oxford, 1–27.
- Kelsen, Hans 1929: *Vom Wesen und Wert der Demokratie*, Tübingen.
- Lamont, Michèle 2018: ‚Addressing recognition gaps: Destigmatization and the reduction of inequality‘, *American Sociological Review*, Jg. 83, Nr. 3, 419–444. <https://doi.org/10.1177/0003122418773775>.
- Larsson, Göran/Spielhaus, Riem 2017: ‚Europe with or without Muslims: Creating and maintaining cultural boundaries‘, in Mats Andrén/Thomas Lindkvist/Ingmar Söhrman/Katharina Vajta (Hg.): *Cultural borders of Europe. Narratives, concepts and practices in the present and past*, New York, 40–53.
- Lijphart, Arend 1999: *Patterns of democracy: Government forms and performance in thirty-six countries*, New Haven.
- Mill, John Stuart 1869: *On liberty*, London.
- Modood, Tariq 2007: *Multiculturalism: A civic idea*, Cambridge.
- Mouffe, Chantal 2008: *Das demokratische Paradox*, Wien.
- Mudde, Cas 2016: *The populist radical right: A reader*, London.
- Müller, Jan-Werner 2016: ‚Was ist Populismus?‘, *Zeitschrift für Politische Theorie*, Jg. 7, Nr. 2, 187–201. <https://doi.org/10.3224/zpth.v7i2.03>.
- Nowicka, Magdalena 2019: *Transnationalismus*, Baden-Baden.
- Pries, Ludger 2019: ‚The momentum of transnational social spaces in Mexico-US-migration‘, *Comparative Migration Studies*, Jg. 7, Nr. 34, 1–20. <https://doi.org/10.1186/s40878-019-0135-5>.
- Ricœur, Paul 1991: *Zeit und Erzählung. Band 3: Die erzählte Zeit*, Paderborn.
- Römhild, Regina 2004: ‚Jenseits der deutschen Integrationslogik. Kulturanthropologische Perspektiven für die Einwanderungsgesellschaft‘, in Christoph Köck/Alois Moosmüller/ Klaus Roth (Hg.): *Zuwanderung und Integration. Kulturwissenschaftliche Zugänge und soziale Praxis*, Münster u. a., 163–176.
- Römhild, Regina 2018: ‚Europa post-migrantisch: Entdeckungen jenseits ethnischer, nationaler und kolonialer Grenzen‘, in: Naika Foroutan/Juliane Karakayali/Riem Spielhaus (Hg.): *Postmigrantische Perspektiven: Ordnungssysteme, Repräsentationen, Kritik*, Frankfurt am Main, 69–83.
- Schmitt, Carl 1932: *Der Begriff des Politischen*, München.
- Shinozaki, Kyoko 2014: ‚Career strategies and spatial mobility among skilled migrants in Germany: the role of gender in the work-family interaction‘, *Journal of Economic and Social Geography*, Jg. 105, Nr. 5, 526–541. <https://doi.org/10.1111/tesg.12111>.

- Simmel, Georg 1908: *Soziologie. Untersuchungen über die Formen der Vergesellschaftung*, Berlin.
- Stjepandić, Katarina/Steinilper, Elias/Zajak, Sabrina 2022: ‚Forging plural coalitions in times of polarization: Protest for an open society in Germany‘, *German Politics*, online first, <https://doi.org/10.1080/09644008.2021.2023130>.
- Taylor, Charles 1993: *Multikulturalismus und die Politik der Anerkennung*, Frankfurt am Main.
- Tibi, Bassam 2017: ‚Leitkultur als Integrationskonzept – revisited‘, in Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.): *Dossier: Islamismus*, Bonn. Abgerufen am 26. März 2021 unter <https://www.bpb.de/politik/extremismus/islamismus/255521/leitkultur-als-integrationskonzept-revisited>.
- Tocqueville, Alexis de 1978: *Der alte Staat und die Revolution*, München.
- Treibel, Annette 2015: *Integriert Euch! Plädoyer für ein selbstbewusstes Einwanderungsland*, Frankfurt am Main.
- Tsianos, Vassilis/Karakayali, Juliane 2014: ‚Rassismus und Repräsentationspolitik in der postmigrantischen Gesellschaft‘, *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Jg. 64, Nr. 13–14, 33–39. Abgerufen am 23. August 2021 unter <https://www.bpb.de/apuz/180863/repraesentationspolitik-in-der-postmigrantischen-gesellschaft>.
- Unabhängige Kommission „Zuwanderung“ 2001: *Zuwanderung gestalten, Integration fördern: Bericht der Unabhängigen Kommission „Zuwanderung“*, Berlin.
- Vertovec, Steven 2007: ‚Super-diversity and its implications‘, *Ethnic and Racial Studies*, Jg. 30, Nr. 6, 1024–1054. <https://doi.org/10.1080/01419870701599465>.
- Verkuyten, Maykel 2016: ‚The integration paradox: Empiric evidence from the Netherlands‘, *American Behavioral Scientist*, Jg. 60, Nr. 5–6, 583–596. <https://doi.org/10.1177%2F0002764216632838>.
- Wodak, Ruth 2015: *The politics of fear: What right-wing populist discourses mean*, London.
- Wodak, Ruth/Khosravinik, Majid/Mral, Brigitte 2013: *Right-wing populism in Europe: Politics and discourse*, London.
- Yurdakul, Gökce 2013: ‚Jews and Turks in Germany: Immigrant integration, political representation, and minority rights‘, in Hans-Jörg Trenz/Oliver Schmidtke/Armando Salvatore (Hg.): *Rethinking the public sphere through transnationalizing processes*, London, 251–268.
- Zajak, Sabrina/Stjepandić, Katarina/Steinilper, Elias 2020: ‚Pro-migrant protest in times of COVID-19: Intersectional boundary-spanning and hybrid protest practices‘, *European Societies*, Jg. 23, Nr. 1, 172–183. <https://doi.org/10.1080/14616696.2020.1821076>.
- Zick, Andreas/Küpper, Beate/Krause, Daniela 2016: *Gespaltene Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2016*, Bonn.

Peter Scholten¹

Mainstreaming versus Entfremdung: Konzeptualisierung von Komplexität bei der Gestaltung von Migrations- und Diversitätspolitiken

1. Einleitung

Warum scheinen Policy-Prozesse im Bereich von Migration und (migrationsbezogener) Diversität so häufig „außer Kontrolle“ zu geraten? Während sich andere Studien zu diesem Thema damit befassen, wie und warum Migrations- und Diversitätspolitiken „scheitern“, weil sie nicht die gewünschten Resultate erzielen (siehe z. B. [Castles 2004](#)), werde ich mich darauf konzentrieren, warum sie in Bezug auf die Dynamiken von Politikgestaltung in diesen Bereichen leicht „entgleisen“. Das manifestiert sich unter anderem darin, dass etwas häufig als „Krise“ empfunden wird (wie die „Flüchtlingskrise“, die „Integrationskrise“ etc.), immer mehr gegen (vermeintliche) Auswirkungen von Politiken (wie das angebliche Scheitern des Multikulturalismus) protestiert wird und Wissensansprüche umstritten sind (einige sprechen sogar von „faktenfreier“ Politik).

Dieses Kapitel wird dem Grund für das „Entgleisen“ von Migrations- und Diversitätspolitiken nachgehen. Im Zentrum steht die Frage, ob und wie es diesen Politiken gelingt, der Komplexifizierung von Migration und Diversität gerecht zu werden. Ich werde das Spannungsfeld zwischen dem Wissen um Komplexität und dem angemessenen Umgang mit derselben auf der einen Seite und dem Leugnen oder Vereinfachen von Komplexität auf der anderen Seite als Spannungsfeld zwischen *Mainstreaming versus Entfremdung* in den Policy-Dynamiken unter komplexen Bedingungen konzeptualisieren. Diese Neukonzeptualisierung stützt sich auf eine systematische Zusammenführung von Literatur zu Policy-Dynamiken (Hoppe 2011; [Schneider/Ingram 1993/1997](#)) sowie zur Steuerung von Komplexität (Geyer/Rihani 2012; Jessop 1997; [Teisman/Klijn 2008](#); Verweij/Thompson 2006), Migration und Diversität (Geddes/Scholten 2016; Hampshire 2013) und weiteren komplexen Themenbereichen wie Gender, Leben mit Behinderung und Umweltbelangen (Dalal-Clayton/Bass 2009; [Daly 2005](#); [Lombardo/Meier 2006](#); [Nunan/Campbell/Foster 2012](#)). Im Gegensatz zu vielen anderen Feldern ist die Literatur zu Komplexität und Policy-Dynamiken in der Migrationsforschung bislang kaum berücksichtigt worden.

Dabei ist es gerade die *Komplexität* von Migration und Diversität, durch die sich die Politikgestaltung in diesen Bereichen von anderen unterscheidet. Das macht sie mit weiteren „komplexen“ Themen wie Gender und Umwelt vergleichbar. Migration und

¹ *Peter Scholten* ist Professor für Migrations- und Diversitätspolitik am Department für öffentliche Verwaltung und Soziologie der Erasmus-Universität Rotterdam in den Niederlanden. Seine Forschungsschwerpunkte sind Migration, Multi-Level Governance und Public Policy im internationalen Vergleich.

Diversität haben zugenommen (einige bezeichnen dies als die Entstehung von „Superdiversität“), und die Ausprägungen von Diversität und Mobilität sind so vielfältig geworden (ein „one size fits all“-Modell gibt es nicht), dass es nicht mehr möglich ist, Politiken mit einem einzigen Policy-Modell oder innerhalb eines klar abgegrenzten, einheitlichen Subsystems zu entwickeln. Die Komplexitätsforschung argumentiert, dass komplexe Problemsituationen eine komplexe Steuerung erfordern. Das heißt, es müssen Politiken entwickelt werden, die traditionelle sektorale Grenzen und Ebenen durchbrechen (und über traditionelle „Integrations- und Migrationspolitiken“ hinausgehen). Dazu gehört ein breites Netzwerk von Akteur*innen (das Regierungen einschließt, aber nicht auf diese beschränkt ist); die Politiken sollten sich an der gesamten diversen Bevölkerung orientieren (mit und ohne Migrationshintergrund) und ein flexibler, kontingenter und emergenter Prozess sein, anstatt auf bestimmte Resultate oder „Modelle“ abzielen.

Um die Rolle von Komplexität bei der Gestaltung von Migrations- und Diversitätspolitik zu untersuchen, wird in diesem Kapitel ein neuartiger begrifflicher Rahmen vorgeschlagen. Aufbauend auf der Literatur zur Steuerung von Gender und Umwelt wird das Konzept des „Mainstreaming“ weiterentwickelt, um zu verstehen, wie Politikgestaltung auf Komplexität reagieren und ihr gerecht werden kann. Anstatt ein spezielles Modell der (Migrations- und Diversitäts-)Politik oder eine bestimmte „Lösung“ anzustreben, weist Mainstreaming einen Weg, den Policy-Prozess zu organisieren und auszurichten. Demgegenüber wird das Versäumnis, Komplexität anzuerkennen und entsprechend darauf zu reagieren, als „Entfremdung“ von Komplexität bezeichnet. Vier verschiedene Formen der Entfremdung sollen hier unterschieden werden: Problem entfremdung, institutionelle Entfremdung, politische Entfremdung und soziale Entfremdung.

Der in diesem Kapitel entwickelte begriffliche Rahmen soll es Migrationsforscher*innen ermöglichen, ein besseres Verständnis für die Dynamiken von Migrations- und Diversitätspolitik zu entwickeln. Er versteht Entfremdung und Mainstreaming als die *Doppelnatur* der Policy-Dynamiken, die auf Komplexität reagieren. Indem dieser begriffliche Rahmen akademische Forscher*innen und Praktiker*innen dabei unterstützt, Komplexität anzuerkennen – bzw. zu erkennen und zu verstehen, was zu Entfremdung bzw. Mainstreaming führt –, kann er dazu beitragen, die Reflexivität der Akteur*innen in der Migrations- und Diversitätspolitik im Umgang mit Komplexität zu fördern.

2. Die Komplexifizierung von Migration und Diversität

Dieses Kapitel baut auf der Prämisse auf, dass eine „Komplexifizierung“ von Migration und Diversität stattgefunden hat, die ein Überdenken der Dynamiken von Politikgestaltung in diesen Bereichen erfordert. Die neuere Migrationsforschung hat festgestellt, dass die wesentlichen Entwicklungen weniger den Umfang der Migration als den Grad der Komplexität von Migration und Diversität betreffen. Prozentual an der Weltbevölkerung gemessen scheint das Migrationsniveau bemerkenswert stabil zu sein – was natürlich dennoch bedeutet, dass die absoluten Zahlen gestiegen sind und

in bestimmten Regionen der Welt auch der Prozentsatz ([Czaika/De Haas 2014](#)). Doch einige Forscher*innen haben festgestellt, dass sich die Merkmale von Migration und Diversität gewandelt haben ([Engbersen 2012](#); [Vertovec 2007](#)), was ich als „Komplexifizierung“ von Migration und Diversität beschreibe.

Die Komplexifizierung umfasst mehreren Ebenen. Erstens haben Migration und Diversität eine „Verbreiterung“ erfahren. Das bedeutet nicht nur, dass sie in immer mehr Regionen der Welt relevant sind, sondern auch, dass sie stärker in nahezu jede Facette moderner komplexer Gesellschaften eingebettet sind. Längst sind Migration und Diversität nicht mehr nur in den klassischen Einwanderungsländern wie den USA und einigen westeuropäischen Staaten oder internationalen Weltstädten wie London und New York ein Thema ([IOM 2017](#)). Es gibt sogar eine wachsende Zahl an „Majority-Minority“-Städten – wie Amsterdam, Rotterdam und Antwerpen –, in denen mehr als die Hälfte der Einwohner*innen einen Migrationshintergrund in der ersten oder zweiten Generation hat ([Crul 2016](#)). Noch entscheidender ist aber vielleicht, dass Migration und Diversität aufgrund der „Verbreiterung“ nicht mehr als „alleinstehende Themen“ gesehen werden können, da sie mit fast allen Bereichen komplexer, moderner Gesellschaften und des sozialen Lebens untrennbar verbunden sind. Dabei spielt Technologie eine Rolle (wie etwa soziale Medien als Infrastruktur für Migration oder für Debatten über Diversität), relevant sind aber auch die Globalisierung der Wirtschaft und des Soziallebens (wie in den Migrant*innendiasporas) sowie die tiefgreifenden Verflechtungen zwischen Themen wie Klimawandel, Gesundheit und Migration. In dieser Hinsicht sind Migration und Diversität sehr gut mit Themen wie Gender und Umwelt vergleichbar, die ebenfalls nicht abgegrenzt für sich betrachtet werden können, sondern Aspekte moderner, komplexer Gesellschaften im weiteren Sinne sind, von denen sie nicht getrennt werden können.

Zweitens bezeichnet Komplexifizierung eine „Vertiefung“ von Migration und Diversität, also eine Zunahme der internen Komplexität beider Bereiche. Immer seltener bedeutet Migration, dass eine Person oder eine Familie einen Ort verlässt, um sich dauerhaft an einem anderen niederzulassen. Stattdessen ist eine wachsende Zahl unterschiedlich gearteter Mobilitäten (verschiedene Migrationsströme, -treiber und -motive sowie Temporalitäten) zu beobachten. Einige Wissenschaftler*innen sprechen sogar von „liquid migration“ ([Bygnes/Erdal 2017](#); [Engbersen 2016](#)), bei der Migrant*innen zunehmend „ortsungebunden“ geworden sind. Analog dazu hat sich die Komplexität von Diversität solchermaßen vertieft, dass sie sich Vereinfachungen – etwa im Sinne einer „ethnischen Brille“ – widersetzt. Menschen mit Migrationshintergrund vereinen häufig mehrere Arten von Diversität in sich, darunter oft auch mehrere ethnische Identitäten. Hollinger (2006) nennt dies eine „Diversifizierung von Diversität“, andere Forscher*innen sprechen von „Superdiversität“ ([Vertovec 2007](#)). Die Vertiefung migrationsbezogener Diversität lässt sich mit einer mittlerweile langen Liste an Variablen beschreiben, die sich auf Ethnizität und Kultur beziehen können, darauf

jedoch nicht beschränkt sind. Oft geht es auch um die sozioökonomische Stellung, den Rechtsstatus, die Sprache oder die politische Orientierung; darüber hinaus gibt es noch viele weitere Faktoren.

Drittens bedeutet Komplexifizierung, dass die „Verbreiterung“ und die „Vertiefung“ von Migration und Diversität nicht überall auf dieselbe Art zusammenkommen; es gibt kein „one size fits all“-Modell. Zwischen verschiedenen Settings oder Zeiten können sehr unterschiedliche (situative und zeitliche) Konfigurationen von Migration und Diversität entstehen. Diese Ansicht unterstützt die Literatur zur „Glokalisierung“; globale Prozesse von sich verbreiternden und vertiefenden Migrations- und Diversitätsbewegungen können je nach Situation zu sehr unterschiedlichen Resultaten führen (Robertson 1995). Das bedeutet auch, dass weder „liquid migration“ noch „Superdiversität“ als universelle Komplexifizierungsmodelle aufgefasst werden sollten. An einigen Orten oder in einigen Phasen mag Migration „fließend“ und Diversität „superdivers“ sein, die Komplexität liegt aber gerade darin, dass dies nicht immer und überall gilt.

Schließlich gehört zur Komplexifizierung auch, dass Migration und Diversität zunehmend umstritten sind. Wichtig ist, dass dieser Prozess mit einer Politisierung verbunden sein kann, jedoch nicht darauf beschränkt ist. Jedenfalls geht er mit einer gewissen Verunsicherung im weiteren Sinne einher. Während „Uneinigkeiten“ oft gelöst werden können, indem man sich mit „den Fakten“ auseinandersetzt, ist bei komplexen Problemen das Bestreiten der Fakten Teil der Komplexifizierung. Das trägt zu einer wachsenden Verunsicherung bei, wenn es um die Frage geht, wie ein Thema zu definieren ist und welche Behauptungen als richtig oder falsch anzusehen sind. Der Begriff „alternative Fakten“ verdeutlicht, wie Protest zu Verunsicherung führen und damit zur Komplexifizierung beitragen kann.

3. Komplexe Themen erfordern eine komplexe Herangehensweise

Eine wesentliche Prämisse in der Literatur zur Steuerung von Komplexität ist, dass komplexe Probleme eine komplexe Herangehensweise erfordern (Verweij/Thompson 2006). Das bedeutet, es gibt keine eindeutigen Lösungen, Modelle oder Muster für den angemessenen Umgang mit komplexen Policy-Problemen. Dieses Bewusstsein für Komplexität wird von den Arbeiten jener Migrationsforscher*innen gestützt, die spezifische Modelle für die Integration von Migrant*innen oder das Migrationsmanagement in Frage stellen. Dazu gehören auch die Idee „nationaler Integrationsmodelle“ und der „methodologische Nationalismus“ ([Wimmer/Glick-Schiller 2003](#)), die beide die sehr komplexe Beschaffenheit von Migration und Diversität leugnen – oder zumindest selektiv und tendenziös reduzieren ([Bertossi 2011](#); [Bowen 2007](#)). Im weiteren Sinne wird hier angezweifelt, ob „große theoretische Modelle“ für die praktische Politikgestaltung bei den Themen Migration und Diversität überhaupt von Nutzen sind und ob ein einzelnes Modell (wie Multikulturalismus, Assimilationismus, Interkulturalismus, Superdiversität etc.) die volle Komplexität sehr spezieller Situationen erfassen kann. Solche

Modelle können als Idealtypen helfen, die Komplexität in verschiedenen Kontexten zu begreifen ([Scholten 2016](#)), man wird mit ihnen jedoch niemals die Komplexität innerhalb dieser Kontexte oder zwischen bestimmten Settings erklären können ([Bertossi/Duyvndak 2009](#)).

Um Komplexität zu erkennen, müssen Politik und Policy-Dynamiken anders gedacht werden. Es reicht nicht, sich auf bestimmte Policy-Modelle zu konzentrieren. Steuerung von Komplexität bedeutet, den Dynamiken der Politikgestaltung auf den Grund zu gehen. Politik wird hier nicht als ein bestimmter Output oder ein spezifisches Instrument angesehen, mit dem eine kleine Zahl von Akteur*innen klar definierte Probleme löst. Komplexitätsforscher*innen begreifen Politik vielmehr als ganzheitlichen und flexiblen Prozess, der ein großes Netzwerk von Akteur*innen einbezieht und sich oft komplexer Problemsituationen annimmt (Geyer/Rihani 2012; Jessop 1997; [Teisman/Klijn 2008](#)). Nach dieser Auffassung können komplexe (Policy-)Probleme nicht abgegrenzt für sich behandelt werden; bei der Steuerung von Komplexität geht es nicht darum, eine bestimmte Definition eines Problems anzustreben, sondern um einen ganzheitlichen und flexiblen Ansatz für oft kaum berechenbare und ungewisse Problemsituationen. Darüber hinaus werden keine eindeutig institutionalisierten Subsysteme von Politiken vorausgesetzt; vielmehr ist ein komplexes Akteursnetzwerk involviert, das sich aus unterschiedlichen Typen von (staatlichen und nichtstaatlichen) Akteur*innen zusammensetzt. Schließlich werden Policy-Dynamiken bei der Steuerung von Komplexität als emergenter Prozess und nicht als Prozess mit einem eindeutigen Output und Resultat angesehen.

Die Steuerung von Komplexität nimmt nach Geyer und Rihani (2012) eine Mittelstellung zwischen „geregelter“ und „ungeregelter“ oder „chaotischer“ Politikgestaltung ein. Sie distanziert sich von der Idee, dass Politikgestaltung, die mit komplexen Problemen konfrontiert ist, vollkommen rational umgesetzt werden könne, weil alles berechenbar und kontrollierbar sei. Allerdings verwahrt sie sich auch dagegen, dass Komplexität Relativismus oder Chaos bedeute und man ihr gegenüber machtlos sei. Vielmehr ist „Reflexivität“ das Qualitätskriterium für einen angemessenen Umgang mit Komplexität im Policy-Prozess (Schön/Rein 1995). Reflexivität bedeutet, dass die Akteur*innen sich nicht nur der Ursachen und Konsequenzen von Problemen bewusst werden, sondern auch der Folgen ihres Handelns, mit dem sie auf diese reagieren, und dass sie ihre Handlungen dementsprechend anpassen können (Beck 1992; Bourdieu 2004). In Policy-Dynamiken verlangt Reflexivität, sich Komplexität bewusst zu machen und bereit zu sein, entsprechend darauf zu antworten (also zu *reflektieren*). Schön und Rein formulieren es wie folgt:

[H]uman beings can reflect on and learn about the game of policymaking even as they play it, and, more specifically, [...] they are capable of reflecting in action on the frame conflicts that underlie controversies and account for their intractability. (Schön/Rein 1995, 37)

Allerdings zeigt sowohl die entsprechende Policy-Literatur als auch jene zur Steuerung von Komplexität, dass es insbesondere bei komplexen Themen zahlreiche Faktoren gibt, die Reflexivität verhindern. Dunlop (2017) argumentiert, angesichts von Komplexität werde auch die Rolle von Wissen und „Policy-Lernprozessen“ in Policy-Dynamiken in Frage gestellt, was zu etwas führe, das sie als „Policy-Pathologien“ beschreibt – Situationen, in denen Policy-Prozesse einer perversen Logik folgen und sich nicht mehr an dem Problem selbst oder einer zielgerichteten Problemlösung orientieren. Schneider und Ingram behaupten, angesichts von Komplexität neige Politikgestaltung aufgrund der selbstverstärkenden Logik von Machtverhältnissen, institutionellen Strukturen und Policy-Diskursen dazu, „degenerativ“ zu werden (Schneider/Ingram 1993/1997). Darüber hinaus heben mehrere Studien die möglichen Folgen eines unangemessenen Umgangs mit Komplexität hervor. Engbersen (2009) spricht von „fatalen Heilmitteln“, also solchen, die angesichts von Komplexität unberechenbare und nicht kontrollierbare Resultate hervorbringen. Bovens und Hart zufolge führt das Unvermögen von Akteur*innen, mit Komplexität angemessen umzugehen, häufig zu „Policy-Fiascos“ (Bovens/Hart 2017).

4. Entfremdung

So simpel das Argument, dass „komplexe Probleme komplexe Lösungen erfordern“, auch klingen mag – Komplexität hat zur Folge, dass die an Policy-Prozessen beteiligten Akteur*innen mit ihr oft nicht angemessen umgehen (können oder wollen), wie die Literatur zeigt. Die zentrale Frage, „warum Migrations- und Diversitätspolitiken so leicht entgleisen“, wird in diesem Kapitel damit beantwortet, dass es unter anderem häufig nicht gelingt, Komplexität anzunehmen, was hier als „Entfremdung“ konzeptualisiert wird. Dabei wird zwischen verschiedenen Formen und Triebkräften einer solchen Entfremdung unterschieden. Das Konzept der Entfremdung ist in den Sozialwissenschaften im Allgemeinen auf Situationen angewendet worden, in denen strukturelle Elemente der Gesellschaft Entfremdung auslösen, etwa jene zwischen Arbeiter*innen und den Früchten ihrer Arbeit (Marx 2009), zwischen einem Individuum und seinen breiteren gesellschaftlichen Erwartungen (Seeman 1959) oder zwischen dem Handeln und den tieferen professionellen Überzeugungen von Akteur*innen im öffentlichen Sektor (Tummers/Bekkers/Steijn 2009). Hier wird Entfremdung hingegen als ein Charakteristikum von Policy-Dynamiken definiert, als Entfremdung der Policy-Prozesse von der Komplexität der Realität. Wichtig ist, dass eine solche Entfremdung von den Akteur*innen nicht bewusst angestrebt wird, sondern vielmehr durch eine Neigung in ihrem Verhalten entsteht, die auf breitere strukturelle Gegebenheiten zurückzuführen ist (und damit auch die allgemeinere Verwendung des Begriffs der Entfremdung reflektiert).

Zu Entfremdung angesichts von Komplexität kann es aus verschiedenen Gründen kommen. Da Entfremdung hier auf der Ebene des Policy-Prozesses konzeptualisiert

wird, werde ich die einzelnen Gründe dafür auch hinsichtlich diverser Faktoren untersuchen, die (der Literatur zufolge) Policy-Dynamiken antreiben. Entsprechend den vier Denkschulen der Policy-Wissenschaft (Rationalismus, Institutionalismus, politische und kritische Perspektive und Konstruktivismus), ist damit jeweils die Rolle von Wissen, Institutionen, Macht bzw. Diskursen gemeint (Bekkers/Fenger/Scholten 2017; Guba 1990). Auf der Grundlage dieser Differenzierung von vier Dimensionen der Policy-Dynamiken werde ich folglich zwischen Problem entfremdung, institutioneller Entfremdung, politischer Entfremdung und sozialer Entfremdung unterscheiden.

4.1. Problem entfremdung

Was die Rolle von Wissen in den Policy-Dynamiken betrifft, geht es bei der Problem entfremdung darum, dass sich die Akteur*innen bei der Beschäftigung mit einem Problem von der Komplexität der Problemsituation abwenden. Das manifestiert sich in dem, was Blauner (1964) sowie Tummers, Bekkers und Steijn (2009) als „Sinnlosigkeit“ (meaninglessness) von Politiken beschreiben. Schön und Rein sprechen von Problem entfremdung, wenn keine „ernsthafte Auseinandersetzung mit der Problemsituation“ stattfindet (Schön/Rein 1995, 122). Damit ist gemeint, dass zum Beispiel Wissen, Informationen und Expertise nicht oder nur eingeschränkt genutzt werden oder dass Akteur*innen trotz vorhandenen Wissens aus anderen Gründen der Komplexität einer Problemsituation nicht gerecht werden.

Problem entfremdung zeigt sich somit darin, dass sich die Akteur*innen nicht auf eine ernsthafte Auseinandersetzung mit einer komplexen Problemsituation einlassen, indem bestimmte Wissensansprüche entweder ignoriert oder nur selektiv eingesetzt werden. Diverse Studien zeigen, dass die Wissensanwendung bei den Themen Migration und Integration insgesamt oft eher symbolischen als instrumentellen Charakter hat (Boswell 2009; [Scholten et al. 2015](#)) – ähnlich wie in zahlreichen anderen Policy-Feldern (Majone 1989). Boswell (2009) demonstriert beispielsweise, wie das deutsche Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) dazu neigte, Daten zu produzieren, die den bereits praktizierten Policy-Kurs Deutschlands legitimierten und untermauerten. Frühere Studien haben ebenfalls gezeigt, dass Ergebnisse der Forschung über Migrant*innen in Deutschland bis in die späten 1990er-Jahre hinein schlichtweg ignoriert wurden, um den Mythos aufrechtzuerhalten, Deutschland sei kein Einwanderungsland (Bommes 2010). Ein aktuelleres Beispiel ist der durch Forschung und Daten durchgängig nachgewiesene Zusammenhang zwischen Umweltveränderungen und Migration, der aber bei der Politikgestaltung weitgehend ignoriert wird; so sind etwa Umweltflüchtlinge und Umweltmigration keine anerkannte Kategorie (Kniveton et al. 2009). Hier liegt eindeutig eine Form von Problem entfremdung vor, die zum Beispiel das Potenzial von EU-Migrationspolitiken, auf die komplexen Verhältnisse heutiger Migration zu reagieren, untergraben könnte.

Bei Problem entfremdung geht es nicht nur um die Frage, ob Wissen genutzt wird, sondern auch darum, wofür. Womöglich wird es zum Beispiel nur dafür verwendet, eine Problemsituation zu kontrollieren (oder die Vorstellung von Kontrolle aufrechterhalten), statt dass versucht wird, Komplexität zu verstehen und auf sie zu reagieren. Ein Schlüsselbeispiel dafür ist etwa die Koproduktion von Daten und Wissen über „Integration“, die sich in oft sehr aufwendiger statistischer Überwachung von Integration manifestiert, unter anderem durch Erhebung von Daten zur sozioökonomischen und soziokulturellen Stellung von Migrant*innen (Bijl/Verweij 2012; [Fassmann/Reeger/Sievers 2009](#)). Mit diesen Daten wird vor allem die Idee eines staatlich gelenkten Integrationismus in Gestalt von „Integrationspolitiken“ gestützt (Favell 2003; Schinkel 2017/[2018](#)). Das kann jedoch als Ausdruck einer Überschätzung der Kontrollier- und Berechenbarkeit komplexer Problemsituationen verstanden werden – in diesem Fall des Ausmaßes, in dem Staaten die Integration von Migrant*innen „rational steuern“ können. Weiterhin vereinfachen Daten zum Thema Integration oft komplexe soziale Muster und verdinglichen etwa die kulturellen, ethnischen oder nationalen Hintergründe, zu denen Daten erhoben werden.

4.2. Institutionelle Entfremdung

Institutionelle Entfremdung ist die Abwendung institutioneller Strukturen und Prozesse von der Komplexität einer Problemsituation. Dabei geht es darum, dass Institutionen versäumen, auf Komplexität einzugehen und darauf zu reagieren. Institutionalistischer Policy-Literatur zufolge kann diese Form der Entfremdung von der Tatsache begünstigt werden, dass Institutionen dazu neigen, ihren eigenen (inneren) Dynamiken zu folgen anstatt sich zu bemühen, sich mit komplexen Gegebenheiten auseinanderzusetzen. So kann zum Beispiel die Pfadabhängigkeit des institutionellen Wandels Institutionen davon abhalten, sich mit Komplexität zu befassen ([Pierson 2011](#)). Institutionelle Entfremdung kann aber auch durch mangelnde Koordination zwischen Institutionen und institutionellen Prozessen angesichts von komplexen Situationen gefördert werden. Das führt unter Umständen zu institutioneller Entkoppelung oder dem Unvermögen, jene komplexen und flexiblen institutionellen Verbindungen herzustellen, die komplexe Probleme oft erfordern. Das kann zum Beispiel auf das Fehlen adäquater Netzwerke zur Steuerung zurückzuführen sein (was bedeutet, dass entscheidende Akteur*innen nicht berücksichtigt werden), oder aber es mangelt an adäquaten Steuerungsprozessen innerhalb eines Mehrebenensystems.

Ein vielfach untersuchtes Beispiel in der Migrationsforschung ist der Wandel von Wohlfahrtsstaaten im Zusammenhang mit der Komplexifizierung von Migration und Diversität. Banting und Kymlicka (2006) zeigen diverse Spannungsfelder zwischen Migration und Wohlfahrtsstaaten auf, wie etwa die Notwendigkeit einer klaren Abgrenzung des Personenkreises, der Anspruch auf Sozialleistungen hat, und nationaler Solidarität als Grundlage für Wohlfahrtsstaaten. Die Pfadabhängigkeit eta-

blierter Wohlfahrtsstaaten kann dazu führen, dass es diesen nicht gelingt, sich der Komplexifizierung von Migration anzupassen. Veranschaulicht wird dies in Studien zum Wohlfahrtstourismus – wenn Wohlfahrtssysteme zum Magneten für Migration werden – bzw. zum Wohlfahrtschauvinismus, bei dem die Angst vor Wohlfahrtstourismus zum Antrieb für eine einwanderungsfeindliche Stimmung wird (Geddes und Scholten 2016; [Kymlicka 2015](#)). Diese Form der institutionellen Entfremdung kommt nicht nur bei der Steuerung von Migration und Diversität vor – auch in der Literatur zur Steuerung von Komplexität stößt man immer wieder auf die Beobachtung, dass die Pfadabhängigkeit von Institutionen angesichts von Komplexität der institutionellen Resilienz im Wege stehen kann. Ähnlich verhält es sich etwa mit Staatsbürgerschaftsregelungen, bei denen man sich oft schwertut, sie an die sich verändernden Umstände von Migration und Diversität anzupassen, wie verschiedene Forscher*innen gezeigt haben.

Die Komplikationen in der Mehrebenensteuerung von Migration in Europa veranschaulichen die andere Form institutioneller Entfremdung: die fehlenden Verbindungen zwischen Institutionen in einem komplexen Umfeld. Das manifestiert sich unter anderem in der Debatte über Mobilität innerhalb der EU, wenn EU-Bürger*innen, dem europäischen Ansatz entsprechend, ihr Recht auf Personenfreizügigkeit nutzen, was bisweilen mit nationalen und lokalen Auffassungen kollidiert, die solche EU-Mitbürger*innen als Migrant*innen mit Integrationsproblemen betrachten. Allgemeiner gesprochen zeigen verschiedene Studien eine Entkoppelung oder sogar institutionelle Spannungen bei der Steuerung von Migration und Diversität zwischen lokaler (städtischer) und nationaler Ebene ([Spencer 2017](#); [Scholten 2016](#)). Ein Beispiel hierfür ist der Umgang mit Migrant*innen und Diversität innerhalb von Städtenetzwerken wie „Refugee Cities“, „Welcoming Cities“ oder auch „Intercultural Cities“, der dort völlig anders organisiert wird, als es der jeweilige nationale Kurs vorgibt.

4.3. Politische Entfremdung

Entfremdung wird gegebenenfalls auch durch breitere Machtstrukturen, Machtverhältnisse und interessengetriebene Spannungen begünstigt. Politische Entfremdung kann als eine Abwendung von der Komplexifizierung definiert werden, die durch die Reproduktion struktureller Ungleichheiten und Konflikte gefördert wird. Anstatt Komplexität anzunehmen, wird sie bei politischer Entfremdung interessengetrieben und zielgerichtet geleugnet oder reduziert. Wichtig ist, dass diese Art der Entfremdung mit Politisierung einhergehen kann, sich jedoch nicht im engeren Sinn darauf beschränken lässt (Brug et al. 2015). Möglich ist auch, dass sie durch eine selektive Mobilisierung von Interessen gefördert wird. Die Reproduktion breiterer Strukturen sozialer Schichtung kann ebenfalls ursächlich für politische Entfremdung sein: etwa Ungleichheiten

zwischen einzelnen Gruppen, zwischen Migrant*innen und Nichtmigrant*innen oder auch geschlechtsspezifische Ungleichheiten.

Ein Schlüsselbeispiel für politische Entfremdung ([Freeman 1995](#); Hampshire 2013) ist die Klientelpolitik – eine Form der Politikgestaltung, die auf die zielgerichtete Mobilisierung von Interessen ausgelegt ist. Guiraudon hat in diesem Zusammenhang etwa herausgefunden, dass die Ausweitung sozialer Rechte von Migrant*innen in Westeuropa stark von zivilgesellschaftlichen Organisationen beeinflusst ist, die sich für die Interessen von Migrant*innen einsetzen und strategisch geschickt nach den besten Foren suchen, in denen sie deren Rechte am effektivsten vertreten können (Guiraudon 1997). Auf globaler Ebene sind es oft organisierte Wirtschaftsinteressen (insbesondere multinationaler Konzerne), die von relativ offenen Migrationsregimen profitieren und gleichzeitig die Mittel haben, ihre Interessen in die Politikgestaltung einzubringen (Guiraudon/Lahav 2006). Besonders relevant beim Thema Steuerung von Migration und Diversität ist, dass die Migrant*innen selbst häufig nicht entsprechend organisiert sind, um ihre Interessen auf vergleichbare Weise zu vertreten (Martiniello 2006; Morales/Giugni 2016). Unter dem Einfluss jener zielgesteuerten und gut organisierten Interessen aber neigt die Politik bei der Umsetzung dazu, größere (wirtschaftliche und soziale) Machtstrukturen zu reproduzieren, ohne sich mit der Komplexität an sich zu befassen, was unter Umständen zur Folge hat, dass Benachteiligungen von Migrant*innen reproduziert werden.

Politisierung kann ebenfalls entscheidend zu Entfremdung beitragen. Studien haben gezeigt, dass die Politisierung von Migration und Diversität diese zu Themen für Symbolpolitik gemacht hat, das heißt, sie werden stellvertretend für eine breitere politische Agenda eingesetzt (Entzinger 2006): als Themen, denen man sich widmet, um andere, größere Anliegen zu verhandeln, statt sich mit der Komplexität der bestehenden Problemsituation selbst zu befassen. Mudde etwa hat gezeigt, dass die populistischen rechtsradikalen Parteien Migration und Diversität oft als Symbolthemen für ihre breitere Agenda gegen die etablierten politischen Eliten benutzen ([Mudde 2018](#)). So haben in der EU zahlreiche populistische Parteien, wie der Front National, die Alternative für Deutschland (AfD) und die United Kingdom Independence Party (UKIP), das Thema Anti-Immigration mit einer Anti-EU-Agenda verbunden. Schinkel ([2013](#)) argumentiert, öffentliche und politische Debatten über Migration und Diversität würden eine größere Verunsicherung in der Bevölkerung widerspiegeln, etwa was die Auswirkungen von Globalisierung, Individualisierung und die Rolle von Technologien in modernen Gesellschaften betrifft. Paradoxerweise bedeutet das, dass Migration und Diversität im Rahmen einer Politisierung zwar Aufmerksamkeit erfahren, dadurch aber gleichzeitig von einer ernsthaften Auseinandersetzung mit der komplexen Problemsituation abgelenkt wird.

4.4. Soziale Entfremdung

Soziale Entfremdung schließlich wird durch Diskurse über bestimmte Gruppen oder Akteur*innen gefördert, die in Migrations- und Diversitätspolitiken involviert sind. Solche Diskurse, wie etwa über die soziale Konstruktion bestimmter Gruppen oder andere Policy-Narrative, haben unter Umständen eine entfremdende Wirkung auf die Rolle und die Position jener Gruppen und Akteur*innen in Policy-Prozessen. Dabei kann es sich um Gruppen handeln, an die sich die Politiken richten – wie bestimmte Migrant*innengruppen oder -communities –, jedoch auch um andere Akteur*innen, die in irgendeiner Form in die Gestaltung von Migrations- und Diversitätspolitiken involviert sind, etwa Sozialarbeiter*innen oder Beamte*innen, die Einzelfälle bearbeiten.

Eine der offensichtlichsten Formen der sozialen Entfremdung im Zusammenhang mit der Steuerung von Migration und Diversität betrifft die soziale Kategorisierung. Wie sensibel sie auch sein mag, jede Form der Kategorisierung hat notwendigerweise zur Folge, dass die Komplexität von Gruppenstrukturen und -identifikation nicht voll erfasst wird. Weder das „farbenblinde“ Leugnen der Existenz von Migrant*innengruppen (wie beim republikanischen Ansatz Frankreichs, wo keine Daten über Ethnizität oder kulturellen Hintergrund erhoben werden), noch ein Ansatz, der klar von unterschiedlichen ethnischen Gruppierungen und kulturellen Minderheiten ausgeht (und bei dem durch die „ethnische Brille“ geschaut wird, wie etwa beim „Race Relations“-Ansatz in Großbritannien oder beim traditionellen multikulturellen Ansatz), werden der Komplexität von Migrant*innengruppen gerecht. Migrationsforscher haben gezeigt, wie sowohl das Institutionalisieren als auch das Ignorieren von Migrant*innengruppen die vorherrschenden Diskurse über Inklusion und Exklusion reproduzieren ([Amirault/Simon 2006](#); Zapata-Barrero 2017).

Eine andere Form der sozialen Entfremdung entsteht, wenn Policy-Diskurse die Policy-Akteur*innen selbst entfremden, indem diese Diskurse ihnen einen sinngebenden Rahmen vorenthalten, der ihnen erlaubt, Komplexität zu erkennen. Boswell (2011) hat gezeigt, wie solche Akteur*innen (insbesondere Bearbeiter*innen von Einzelfällen) oft stark dazu neigen, vereinfachende Narrative zu entwickeln – und an diesen festzuhalten –, die den Politiken einen Sinn geben und gegenüber einer großen Bandbreite an Akteur*innen kommuniziert werden können. Wenngleich jene Narrative auch Handlungsorientierung bieten mögen, so entfremden sie doch gleichzeitig die an der Politikgestaltung (und -umsetzung) beteiligten Akteur*innen, die sich durch diese Narrative dazu verleiten lassen, Komplexität zu leugnen oder zu vereinfachen, statt sich mit ihr auseinanderzusetzen.

Die Hauptmerkmale der vier verschiedenen Ausprägungen von Entfremdung sind in Tabelle 1 zusammengefasst.

Tabelle 1: Zusammenfassung der vier Ausprägungen von Entfremdung in Policy-Dynamiken

Entfremdung	<i>Problementfremdung</i>	Entfremdung der Politikgestaltung von komplexen Problementwicklungen; führt zu Sinnlosigkeit (meaninglessness) und Vereinfachungen oder Leugnen von Komplexität
	<i>Institutionelle Entfremdung</i>	Entfremdung von Komplexifizierung, angetrieben von der internen Logik von Institutionen (Pfadabhängigkeit) oder wegen fehlender institutioneller Verbindungen (Entkoppelung); führt dazu, dass mit der Komplexifizierung nicht Schritt gehalten werden kann (Normlosigkeit)
	<i>Politische Entfremdung</i>	Entfremdung von Komplexifizierung, angetrieben von strukturellen Ungleichheiten und Konflikten; führt zu interessengetriebenen und selektiven Reduktionen von Komplexität, was Ungleichheiten weiter reproduziert
	<i>Soziale Entfremdung</i>	Entfremdung von Komplexifizierung, angetrieben von Diskursen über bestimmte Gruppen und Akteur*innen, was zu selektivem Einschluss oder Ausschluss führt

5. Mainstreaming

Während Entfremdung signalisiert, dass die Politik der Komplexität eines Problems nicht gerecht wird, bietet Mainstreaming einen Ansatz für einen angemessenen Umgang mit Komplexität in der Politikgestaltung. Die beiden Begriffe bilden die beiden gegensätzlichen Pole von Politikgestaltung angesichts von Komplexität. Verweij und Thompson (2006) zufolge steht Mainstreaming für einen komplexen Ansatz zu komplexen Themen.

Der Begriff Mainstreaming wurde in der Fachliteratur zur Steuerung anderer komplexer Themen entwickelt, insbesondere für Gender-Mainstreaming ([Daly 2005](#); [Lombardo/Meier 2006](#); [True/Mintrom 2001](#); [Walby 2005](#)), Mainstreaming des Lebens mit Behinderung (Jones/Webster 2006) und Umwelt-Mainstreaming (Dalal-Clayton/Bass 2009).

Dabei wird gezeigt, dass komplexe Themen wie Gender, Leben mit Behinderung und Umwelt nicht für sich allein stehen und nicht nur innerhalb eines fest abgegrenzten Policy-Sektors oder -Teilsystems behandelt werden können, sondern eng mit „Mainstream“-Themen wie Wirtschaft, Politik und Gesellschaft verwoben sind. Bei der Konzeptualisierung von Mainstreaming als Policy-Ansatz für Migration und Diversität können diverse Merkmale aus der Literatur zum Mainstreaming anderer komplexer

Themenbereiche bzw. aus der Komplexitäts-Literatur abgeleitet werden. Abermals unter Berufung auf die vier Dimensionen von Policy-Dynamiken (Wissen, Institutionen, Macht und Diskurse) werden diese Merkmale jeweils als ganzheitliche Herangehensweise an eine Problemsituation konzeptualisiert, die sich als flexibler und anpassungsfähiger Prozess gestaltet, innerhalb komplexer Akteursnetzwerke stattfindet und sich an der gesamten (diversen) Bevölkerung orientiert.

5.1. Ein ganzheitlicher Ansatz für eine komplexe Problemsituation

Erstens bedeutet Mainstreaming, dass ein Thema in „Mainstream“-Politiken, Institutionen und Strukturen eingebettet wird. Dies basiert auf der Überzeugung, dass es zu einer Problem entfremdung führt, wenn komplexe Themen „abgegrenzt“ für sich allein behandelt werden. Mainstreaming hingegen definiert komplexe Themen als integralen Bestandteil des Mainstreams. Das verlangt nach einer „ganzheitlichen“ Herangehensweise, die über traditionelle Politikbereiche und -ebenen hinausreicht, denn komplexe Themen wie Migration und Diversität machen nicht an territorialen Grenzen halt und lassen sich auch nicht in einzelnen dafür zuständigen Abteilungen abhandeln (Spencer 2011). Mainstreaming bedeutet daher eine Verschiebung: von einem problemspezifischen Ansatz in einem bestimmten Policy-Teilsystem ([Baumgartner/Jones 1991](#)) zu einem polyzentrischen Ansatz, der sich an komplexen Problemsituationen orientiert (Rhodes 1997).

Mainstreaming bedeutet auch, dass Migrations- und Diversitätspolitiken nicht auf die institutionellen Domänen von „Migration“, „Diversität“ oder „Integration“ beschränkt bleiben können. Während sich traditionelle „Migrationspolitik“ auf die Regulierung von Ein- und Ausreise konzentriert, fassen Mainstreaming-Migrationspolitiken das Thema viel weiter. Das manifestiert sich beispielsweise an zunehmenden Verbindungen zwischen Migrationspolitiken und allgemeinen Wirtschafts- und Entwicklungspolitiken bzw. internationalen Beziehungen, wodurch das Thema Migration in einen größeren Kontext einbettet wird. Ein konkretes Beispiel hierfür ist die Art und Weise, wie die Weltgesundheitsorganisation (WHO) ihre Aktivitäten in verschiedenen Teilen der Welt zunehmend mit einem breiteren Migrationsansatz verknüpft, natürlich in Zusammenarbeit mit dem UNHCR und der International Organisation for Migration (IOM).

Außerdem haben zahlreiche Länder und Städte ihre „Integrationspolitiken“ in den letzten zehn Jahren deinstitutionalisiert (Scholten/Van Breugel 2017; Zapata-Barrero 2015). Stattdessen ist die Eingliederung von Migrant*innen mehr und mehr Teil einer breiter angelegten „Diversitätspolitik“ geworden oder, ähnlich wie das Thema Gender, zunehmend in andere Mainstream-Politiken (wie Bildung, Gesundheit, Wohnen), deren Strukturen (wie das politische System) oder Institutionen (wie den Wohlfahrtsstaat) eingebettet worden.

Eine ganzheitliche Herangehensweise an die Komplexität von Migration und Diversität bedeutet somit, dass Mainstream-Politiken, Institutionen und Strukturen auf ihre „Diversitäts- und Mobilitätstauglichkeit“ hin zu überprüfen sind, um sicherzugehen,

dass sie den Komplexitäten von Diversität und Migration gerecht werden. Wichtig ist, dass dies für unterschiedliche substanzielle Policy-Ziele und -Entscheidungen gilt. Ob ein Land eine aktive oder restriktive Immigrationsstrategie verfolgt, einen multikulturellen oder assimiliatorischen Ansatz – entscheidend ist, dass die Komplexifizierung von Migration und Diversität in jedem Fall nach einem Mainstream-Ansatz verlangt, damit solche Ziele erreicht werden.

5.2. Ein Prozess statt einer Lösung

Zweitens bezieht sich Mainstreaming auf einen situativen Prozess und nicht auf eine „one size fits all“-Lösung oder ein solches Modell. Mit Komplexität angemessen umzugehen heißt, Politikgestaltung als einen emergenten Prozess zu begreifen, der Flexibilität und Responsivität erfordert. Mainstreaming verlangt, Institutionen und Strukturen je nach situativen und temporalen Entwicklungen immer wieder neu zu kalibrieren. Die Komplexität liegt gerade darin, dass jede Situation und jeder Zeitabschnitt einen eigenen kontingenten Ansatz erfordert.

In der Migrationsforschung gibt es zahlreiche Beispiele, die zeigen, wie wichtig es ist, auf neue und sich verändernde Umstände reagieren zu können (und wie schwierig es ist, dass dies gelingt). Die Literatur zum „local turn“ etwa lenkt die Aufmerksamkeit darauf, wie unterschiedlich die Bedingungen für Migration und Diversität je nach lokalem Kontext sind (Zapata-Barrero 2017): Auf einige Städte wird der Begriff „Superdiversität“ angewendet, während Diversität in anderen Städten ganz andere Formen annimmt. So ist es möglich, dass auch innerhalb eines Landes wie Spanien – etwa in Madrid und Barcelona – unterschiedliche Steuerungsansätze verfolgt werden (Zapata-Barrero 2017). Das ist einer der Gründe dafür, dass zahlreiche Forscher*innen argumentieren, „methodologischer Nationalismus“ oder die Anwendung eines „one size fits all“-Modells auf ein ganzes Land führe zu institutioneller Entfremdung. In ähnlicher Weise können Migrations-„Kontingenzen“ je nach Zeit und Ort stark voneinander abweichen. Ein Beispiel sind die Unterschiede zwischen Schottland und England: Während England eine sehr restriktive Immigrationspolitik verfolgt, geht Schottland aus demografischen und wirtschaftlichen Gründen proaktiver vor. Auch hier würde eine „one size fits all“-Herangehensweise die Komplexitäten der Politikgestaltung nicht erfassen.

5.3. Komplexe Akteursnetzwerke

Drittens erfordert Mainstreaming komplexe Akteursnetzwerke (Klijn/Koppenjan 2014; Koppenjan/Klijn 2004). Im Gegensatz zum traditionellen Verständnis von Politikgestaltung, bei dem innerhalb bestimmter Policy-Subsysteme mit einer festen Anzahl von Akteur*innen, klaren Machtverhältnissen und Aufgabenverteilungen gehandelt wird, sind bei Komplexität oft komplexe Akteursnetzwerke mit einer diffusen Rollen- und Positionsverteilung involviert. Diese können „staatliche Entscheidungsträger*innen“

einbeziehen, sind aber meist nicht auf diese beschränkt. Gerade wegen der Komplexifizierung (hier insbesondere der Verbreiterung) von Migration und Diversität ist es nicht länger möglich, eine Gruppe von Akteur*innen einzugrenzen, die für Migration und Diversität zuständig ist; Mainstreaming bedeutet, dass Migration und Diversität (wie Gender, Umwelt und Anliegen von Menschen mit Behinderung) für (fast) jeden relevant geworden sind.

Um solche komplexen Akteursnetzwerke zu veranschaulichen, argumentieren Guiraudon und Lahav (2000), Migrations- und Diversitätspolitiken bewegten sich gleichzeitig aufwärts (Europäisierung und Internationalisierung), seitwärts (siehe die Rolle von NGOs und Unternehmen) und abwärts (lokale Gemeinschaften, dezentrale Regierungen). Diese These wirft in der Migrationsforschung zahlreiche Fragen zur „Mehrebenensteuerung“ auf (Scholten 2016; Spencer 2017), zum Beispiel zu den komplexen Interaktionen zwischen nationalen und internationalen Entscheidungsträger*innen und Organisationen bei der Steuerung von Migration (dazu gehören auch die Auswirkungen internationaler Abkommen und die Bedeutung internationaler Organisationen wie der IOM) und zu der Beziehung zwischen nationalen und lokalen Regierungen in Diversitätspolitiken.

Natürlich spielt in solchen komplexen Netzwerken Macht eine wichtige Rolle. Allerdings gibt es in Machtverhältnissen nicht mehr den einen Akteur oder die eine Akteurin (oder eine Konstellation von Akteur*innen wie bei einem „Policy-Monopol“), der oder die „alles unter Kontrolle“ hat. Bei komplexen Akteursnetzwerken ist die Macht in die komplexen wechselseitigen Abhängigkeiten zwischen den einzelnen Akteur*innen eingebettet. Diese Streuung von „Macht“ ist ein weiterer Grund, warum Policy-Prozesse scheinbar „außer Kontrolle“ geraten, was zu „politischer Entfremdung“ führen kann. Damit mit Komplexität angemessen umgegangen wird, ist jedoch entscheidend, dass sich die einzelnen Akteur*innen der gegenseitigen Abhängigkeiten in komplexen Netzwerken bewusst und die Beziehungen zueinander vernünftig geregelt sind (Klijn/Koppenjan 2014). Gerade wegen der Komplexifizierung von Migration und Diversität sind die Ideen und Ressourcen einer großen Bandbreite von Akteur*innen erforderlich, um der Komplexität gerecht zu werden.

5.4. Die gesamte Gesellschaft im Blick

Schließlich lässt sich Mainstreaming als ein Ansatz charakterisieren, der sich an der gesamten (diversen) Gesellschaft orientiert. Aufgrund der Komplexifizierung können Politiken nicht nur auf direkt involvierte Migrant*innen oder bestimmte Migrant*innengruppen und -communitys ausgerichtet werden. Davon abgesehen, haben Policy-Forscher*innen belegt, dass die Verwendung sozialer Kategorisierungen, wie sie für eine solche Ausrichtung notwendig ist, unter komplexen Bedingungen dazu führt, dass diese Kategorien ungewollt verdinglicht werden (Schneider/Ingram 1993), was soziale Entfremdung zur Folge hat. Genau wie sich Umwelt-Mainstreaming an alle richtet

und Genderthemen für Männer und Frauen relevant sind, nimmt Mainstreaming von Migration und Diversität Migrant*innen und Nichtmigrant*innen in den Blick, also alle Individuen, unabhängig von ihrem ethnischen oder kulturellen Hintergrund.

Dieser Ansatz entspricht der Problematisierung sozialer Kategorisierungen in der Migrationsforschung insgesamt. Zahlreiche Forscher*innen argumentieren, dass Studien, die sich der „ethnischen Brille“ bedienen, dazu neigen, die Komplexität von Migrant*innen- (und Nichtmigrant*innen-)Gruppen und ihrer Identifikationen ([Glick-Schiller/Çaglar/Guldbrandsen 2006](#)) bzw. die „Diversifizierung von Diversität“ im Sinne Hollingers zu leugnen oder falsch darzustellen (Hollinger 2006). In der Politik besteht die Gefahr, dass Komplexität geleugnet wird (was mit sozialer Entfremdung einhergehen kann), wenn amtliche Statistiken verwendet werden und die Verantwortlichen danach streben, Politiken auf bestimmte Gruppen auszurichten ([Fassmann/Reeger/Sievers 2009](#); [Simon/Piché/Gagnon 2015](#)). Die Verbreiterung und Vertiefung von Diversität bedeutet, dass Politiken in diesem Bereich die gesamte diverse Bevölkerung in den Blick nehmen sollten (wiederum unabhängig von den substanziellen Policy-Zielen).

Tabelle 2: Zusammenfassung der Hauptmerkmale von Mainstreaming

Mainstreaming	<i>Ein ganzheitlicher Ansatz für eine komplexe Problemsituation</i>	Verschiebung von einem problemspezifischen Ansatz zu einem sektorübergreifenden und Mehrebenen-Ansatz, der ein Thema in (allgemeine) Mainstream-Politiken, -Institutionen und -Strukturen einbettet
	<i>Ein Prozess statt einer Lösung</i>	Mainstreaming als Prozess (statt eines bestimmten Politikresultats), der in verschiedenen situativen und zeitlichen Kontexten unterschiedliche Formen annehmen kann (kein „one size fits all“)
	<i>Komplexe Akteursnetzwerke</i>	Verschiebung von einem staatszentrischen Ansatz zu einem Mainstream-Ansatz mit komplexen Akteursnetzwerken (einschließlich staatlicher Entscheidungsträger*innen, aber nicht begrenzt auf diese)
	<i>Die gesamte Gesellschaft im Blick</i>	Verschiebung von einem zielgruppenorientierten Ansatz zu einem gesamtgesellschaftlichen

Wichtig ist, dass ein gesamtgesellschaftlicher Ansatz eine aktive Herangehensweise erfordert, ebenso wie das Mainstreaming beim Thema Gender aktives Handeln erforderte, um in der gesamten Bevölkerung ein Bewusstsein für die Problematik zu schaffen. Genau hierauf wird in Studien zum derzeitigen Trend, Integrationspolitiken zu „dekonstruieren“, zu wenig Aufmerksamkeit gelegt. Zwar werden traditionelle „Integra-

tionspolitiken“ überall in Europa aufgegeben, sie werden aber nicht durch eine aktive Herangehensweise ersetzt, die sich am Mainstreaming von Diversität orientiert. Das zeigt, dass sich hinter dem, was einige Regierungen als „Mainstreaming“ bezeichnen, unter Umständen lediglich eine Form des staatlichen Rückzugs verbirgt (Scholten/Van Breugel 2017), die zu sozialer Entfremdung führen kann (Tabelle 2).

6. Reflexive Dialoge zwischen Forschung und Politik

Die Konzeptualisierung von Mainstreaming versus Entfremdung verdeutlicht die Doppelnatur von Politikgestaltung angesichts von Komplexität. Sie soll dazu beitragen, die Reflexivität unter Forscher*innen (und Politikgestalter*innen) zu steigern, indem sie diese in die Lage versetzt, Entfremdung bzw. Mainstreaming im Umgang der Akteur*innen mit Komplexität zu erkennen. Damit sorgt sie für ein tieferes heuristisches Verständnis von Policy-Dynamiken, das hier auf Migration und Diversität angewandt wird, aber auf ähnlich komplexe Themen übertragbar ist.

Daraus lässt sich allerdings noch nicht unmittelbar schließen, wie Wissenschaftler*innen dazu beitragen können, Entfremdung entgegenzuwirken und Mainstreaming zu fördern. Gerade weil Reflexivität für Mainstreaming so wichtig ist, können reflexive Dialoge zwischen Forschung und Politik hier einen wichtigen Beitrag leisten. Im Gegensatz zu anders gearteten Modellen der Beziehungen zwischen Forschung und Politik – wie den technokratischen, bei denen Wissenschaftler*innen direkt in die Politikgestaltung eingebunden werden, oder den bürokratischen, bei denen Wissenschaftler*innen den Politikgestalter*innen „in Auftrag gegebenes“ Wissen lieferten (Halffman/Hoppe 2005; Wagner et al. 1991) – bieten als „Dialog“ gestaltete Beziehungen zwischen Forschung und Politik die Möglichkeit, jene Art von Reflexivität zu generieren, die notwendig ist, um mit Komplexität angemessen umzugehen. Für die Konfigurierung reflexiver Dialoge zwischen Forschung und Politik müssen mehrere Bedingungen gegeben sein. Erstens bedarf es verstärkt einer *systematischen Wissensansammlung und Theoriebildung* in der Migrationsforschung, um Problementfremdung entgegenzuwirken und Mainstreaming zu fördern. Schön und Rein sprechen davon, dass Reflexivität eine „ernsthafte Auseinandersetzung mit der Problemsituation“ erfordere (Schön/Rein 1995, 122). Das ist keinesfalls ein Schritt in Richtung eines reinen Objektivismus und bedeutet nicht, „vor den Mächtigen die Wahrheit auszusprechen“, aber eben auch nicht, hinzunehmen, dass Komplexität Relativismus bedeutet oder dass „alles geht“. Eine systematische Zusammenstellung dessen, was die Migrationsforschung weiß, kann den angemessenen Umgang mit Komplexität erleichtern. Dabei wird dann auch deutlich, was ungewiss ist oder was man schlicht nicht weiß. Mangelndes Bemühen um Wissensakkumulation und Theoriebildung kann zur Problementfremdung beitragen, indem faktenfreie Politik oder „alternative Fakten“ legitimiert werden.

Zweitens erfordert Reflexivität *reflexive Dialoge* zwischen Wissenschaftler*innen und den am Policy-Prozess beteiligten Akteur*innen. Komplexität verlangt, dass die

Akteur*innen Zugang zu relevantem Wissen und Information haben, um auf emergente Situationen antworten (sie „reflektieren“) zu können. Solche Dialoge müssen nicht institutionalisiert werden; Studien haben sogar gezeigt, dass das Institutionalisieren der Beziehungen zwischen Forschung und Politik zu einer paradigmatischen Schließung und zu institutioneller Entfremdung beitragen kann ([Scholten et al. 2015](#)). Entscheidend hingegen ist Interaktion; laut Schön und Rein (1995) muss ein Mindestmaß an Vertrauen und Willen gegeben sein, um in einen Dialog zur Förderung von Reflexivität einzutreten. Eine solche Interaktion führt zu „sozial robustem Wissen“ (Nowotny/Scott/Gibbons 2001), was bis zu einem gewissen Grad gut mit den Beziehungen zwischen Forschung und Politik in technischen Bereichen zur Förderung von Innovation vergleichbar ist.

Eine dritte Bedingung für reflexive Dialoge zwischen Forschung und Politik ist *reflexive Wissensproduktion*. Das heißt: Um politischer Entfremdung entgegenzuwirken, ist es entscheidend, sich angesichts von Komplexität zu jeder Zeit des Ursprungs sowie des potenziellen Bias bestehender Begriffe und Theorien bewusst zu sein. Komplexität verlangt, den existierenden konzeptionellen und theoretischen Apparat der Migrationsforschung permanent auf den Prüfstand zu stellen, damit nicht politische Entfremdung reproduziert wird. Ein Schlüsselbeispiel für die Migrationsforschung ist die Reflexivität zum Integrationsbegriff. Dieser legitimierte lange Zeit eine staatszentrierte und interventionistische Tradition im Hinblick auf migrationsbezogene Diversität (Favell 2003; Schinkel 2017/[2018](#)) und stand einer reflexiveren Auseinandersetzung damit im Weg, wie Diversitätspolitiken auf die Komplexifizierung von Migration und Diversität bzw. die Grenzen gesellschaftlicher Steuerung reagieren könnten.

Um Komplexität zu erfassen, müssen reflexive Dialoge zwischen Forschung und Politik schließlich systematisch Migrations- und Diversitätsthemen mit breiteren gesellschaftlichen Entwicklungen verbinden können. Sich nur darauf zu konzentrieren, was spezifisch für Migrant*innen oder bestimmte Minderheiten ist, leugnet, wie gesagt, die Komplexität und kann ungewollt zur Verdinglichung durch eine „ethnische Brille“ (und damit zu sozialer Entfremdung) führen. Dahinden ([2016](#)) verlangt deshalb eine „Entmigrantisierung“ der Migrationsforschung. Das erfordert „akademisches Mainstreaming“ derselben, indem Studien zu Migration und Diversität systematisch mit Arbeiten aus Mainstream-Disziplinen (wie Wirtschaft, Soziologie, Recht, Geschichte und Politikwissenschaften) zu verschiedenen relevanten Bereichen (wie Partizipation, Zusammenhalt, Staatsbürgerschaft, Inklusion und Legitimation) verbunden werden.

7. Schluss

Die Hauptmotivation dieses Kapitels ist das Bedürfnis, zu verstehen, warum Prozesse der Politikgestaltung beim Thema Migration und (migrationsbezogener) Diversität tendenziell so häufig entgleisen und außer Kontrolle geraten. Dafür werden systematisch Erkenntnisse aus der Policy-Forschung (Policy-Wissenschaft, Komplexitäts- und Gender-Steuerung) mit denen aus der Migrationsforschung (zur Komplexifizierung

von Migration und Diversität und zu Policy-Prozessen in diesen Bereichen) verknüpft. Migration und Diversität stehen exemplarisch (als enthüllende Beispiele) für „verzwickte“ oder komplexe Policy-Probleme bzw. widerspenstige, scheinbar unlösbare Themen. Das spiegelt sich wider in neueren Publikationen der Migrationsforschung zur Diversifizierung von Migrationsmustern (oder „Mobilitäten“), zur Diversifizierung von Diversitäten (oder „Superdiversität“), zu regionalen und temporalen Varianten von Mobilitäts- und Migrationskonfigurationen (siehe die Literatur zum „local turn“) sowie zum Protest gegen Migration und Diversität (nicht nur in politischer Hinsicht). Diese Entwicklungen der Thematik werden als „Komplexifizierung“ von Migration und Diversität beschrieben.

Die in diesem Kapitel entwickelte zentrale These lautet, dass Politikgestaltung oft entgleist, weil die Akteur*innen mit der Komplexifizierung von Migration und Diversität nicht angemessen umgehen. Komplexe Policy-Themen wie Migration und Diversität erfordern komplexe Herangehensweisen. Bei der Politikgestaltung kommt jedoch immer wieder die Tendenz auf, Komplexität zu ignorieren, zu leugnen, zu vereinfachen oder nicht darauf zu reagieren. Das wird als „Entfremdung“ konzeptualisiert, die in mehreren Ausprägungen vorkommt: als Problem entfremdung, institutionelle Entfremdung, politische Entfremdung und soziale Entfremdung.

Mainstreaming wird als alternativer Ansatz angesehen, der verspricht, Komplexität als inhärenten Bestandteil der Politikgestaltung zu erfassen. Das Konzept stammt aus der Literatur zu anderen komplexen Policy-Themen (Gender, Umwelt, Menschen mit Behinderung) und zur Komplexitätssteuerung. Mainstreaming versucht, Komplexität durch einen allgemeineren Ansatz zu erfassen, bei dem Migration und Diversität nicht als „alleinstehende“ Themen für sich gesehen werden, sondern als komplexe über einzelne Sektoren und Ebenen hinausreichende Problemsituationen. Es orientiert sich an der gesamten (diversen) Gesellschaft, arbeitet mit komplexen Akteursnetzwerken und zielt auf einen kontingenten und emergenten Prozess ab statt auf ein „one size fits all“-Policy-Modell. Anders als die zahlreichen Studien zu bestimmten Modellen oder Paradigmen in den Migrations- und Diversitätspolitik (wie dem „Methodologischen Nationalismus“, „nationalen Integrationsmodellen“ oder „Migrationsregimes“) verfolgt Mainstreaming einen Ansatz zur Erfassung von Komplexität, der für inhaltlich sehr unterschiedliche Policy-Entscheidungen eingesetzt werden kann.

Der Ansatz, Mainstreaming versus Entfremdung als die beiden gegensätzlichen Pole bei der Gestaltung von Migrations- und Diversitätspolitik zu begreifen, vermittelt ein heuristisches Verständnis von Politikgestaltung angesichts von Komplexität. Das kann zur Reflexivität von Policy-Akteurinnen beitragen, appelliert aber auch an Forscher*innen, sich an der Reflexivität zu beteiligen, wenn es um die Frage geht, wie Mainstreaming gefördert und der Neigung zu Entfremdung Einhalt geboten werden kann. Dafür muss man sich zunächst einmal bewusst machen, was bekannt ist und was nicht – durch Wissensakkumulation und Theoriebildung mit systematischer Heran-

gehensweise (um Problem entfremdung möglichst zu vermeiden). Unerlässlich ist es in diesem Zusammenhang auch, die Beziehungen zwischen Forschung und Politik als „reflexive Dialoge“ zu gestalten, die interaktiv sein, aber von einer klaren Arbeitsteilung ausgehen sollten. Darüber hinaus erfordert Mainstreaming reflexive Wissensproduktion innerhalb der Migrationsforschung, wobei darauf zu achten ist, ob sich in die Konzepte und Theorien möglicherweise eine gewisse Voreingenommenheit eingeschlichen hat. Schließlich ist es notwendig, dass sich das Verständnis von Migration und Diversität nicht zu stark von dem Verständnis allgemeiner sozialer Trends und Entwicklungen unterscheidet, die für Migrant*innen und Nichtmigrant*innen gleichermaßen relevant sind („Entmigrantisierung“ oder „akademisches Mainstreaming“).

Die Konzeptualisierung von Mainstreaming und Entfremdung ermöglicht nicht nur ein besseres Verständnis der Gegebenheiten bei der Politikgestaltung im Bereich Migration und Diversität, sie trägt auf spezielle Weise auch zur Debatte in der Migrationsforschung bei, wenn es um die Frage geht, warum Migrations- und Diversitätspolitiken (oder „Integrationspolitiken“) so oft scheitern. Statt aus einer eher soziologischen, wirtschaftlichen oder juristischen Perspektive zu postulieren, dass Politiken auf falschen Problemannahmen basieren und deshalb „scheitern“, wird in diesem Kapitel thematisiert, warum sie beharrlich auf Annahmen basieren, die sich (akademischen und nichtakademischen) Wissensansprüchen verwehren. Policy-Fiaskos sind keinesfalls (nur) darauf zurückzuführen, dass es nicht gelingt, Migration und Diversität objektiv zu betrachten, sondern auch auf eine allgemeinere Logik der Politikgestaltung in diesen Bereichen angesichts von Komplexität. Um nicht in die relativistische Falle zu tappen, ist es natürlich wichtig, dass sich Wissenschaftler*innen (genau wie Nichtwissenschaftler*innen) um ein besseres objektives Verständnis von Migration und Diversität an sich bemühen. Allerdings ist in diesem Kapitel deutlich geworden, dass ein solches objektives Verständnis von Migration und Diversität nicht ausreicht, um die Dynamiken von Politikgestaltung vollständig zu verstehen. Dafür ist es notwendig, dass die Migrationsforschung der Logik der Politikgestaltung bei den Themen Migration und Diversität mehr systematische Aufmerksamkeit schenkt, wozu dieses Kapitel einen Beitrag leistet.

Da die Konzeptualisierung von Mainstreaming und Entfremdung außerdem aus der allgemeineren Policy-Literatur abgeleitet wurde, beansprucht sie damit auch eine Verallgemeinerbarkeit über die Migrations- und Diversitätsthematik hinaus. Durch die systematische Verbindung der Migrationsforschung mit der allgemeineren Policy-Literatur (ein Beispiel für „akademisches Mainstreaming“) wird in diesem Kapitel gezeigt, dass die Logik der Politikgestaltung bei den Themen Migration und Diversität nicht außergewöhnlich ist, sondern vielmehr typisch angesichts komplexer oder „verzwickter“ Policy-Themen. Deshalb verlangt Politikgestaltung in diesem Bereich nicht nur nach einem besseren Verständnis von Migration und Diversität an sich, sondern auch nach einem besseren Verständnis der Logik von Policy-Prozessen angesichts von Komplexität insgesamt: Was bringt Akteur*innen dazu, Komplexität zu erkennen oder zu leugnen?

Wie kann Reflexivität angesichts von Komplexität gefördert werden, und welche Folgen hat es, wenn es nicht gelingt, Komplexität anzunehmen? In diesem Sinne ist dieses Kapitel ein Versuch, eine Forschungsagenda zu formulieren und zu mehr Reflexivität in der Forschung zur Logik von Politikgestaltung in Bezug auf Migration und Diversität beizutragen – im direkten Zusammenhang mit einer größeren Forschungsagenda zur Rolle von Komplexität in der Politikgestaltung allgemein.

Tabelle 3: Konzeptualisierung von Komplexität und der Dimension von Migrations-/ Diversitätspolitiken in Policy-Dynamiken

	Mainstreaming	Entfremdung	Reflexive Dialoge zwischen Forschung und Politik
Wissen	Ein ganzheitlicher Ansatz für eine komplexe Problemsituation	Problementfremdung als Entfremdung von einer komplexen Problemsituation	Systematische Wissensansammlung und Theoriebildung ermöglicht eine Auseinandersetzung mit der Problemsituation
Institutionen	Ein emergenter Prozess statt einer bestimmten Policy-Lösung	Institutionelle Entfremdung als Versäumnis der Institutionen, auf Komplexität einzugehen	Reflexive Dialoge
Macht	Beteiligung komplexer Akteursnetzwerke	Politische Entfremdung als interessengesteuerte und voreingenommene Verminderung oder Nichtbeachtung von Komplexität	Reflexive Wissensproduktion
Diskurse	Die gesamte Gesellschaft im Blick	Soziale Entfremdung als selektive Inklusion oder Exklusion von Gruppen	Akademisches Mainstreaming (oder „Entmigrantisierung“)

Übersetzung: Anja Malich

Danksagung

Dieser Text erschien ursprünglich unter dem Titel ‚Mainstreaming versus alienation: conceptualising the role of complexity in migration and diversity policymaking‘ im *Journal of Ethnic and Migration Studies* 2020, Jg. 46, Nr. 1, 108–126, <https://www.tandfonline.com/doi/full/10.1080/1369183X.2019.1625758>. Wir danken dem Verlag Taylor & Francis für die Abdruckgenehmigung.

Bibliografie

- Amirault, Valérie/Simon, Patrick 2006: 'There are no minorities here: Cultures of scholarship and public debate on immigrants and integration in France', *International Journal of Comparative Sociology*, Jg. 47, Nr. 3–4, 191–215. <https://doi.org/10.1177/0020715206066164>.
- Banting, Keith/Kymlicka, Will 2006: *Multiculturalism and the welfare state: Recognition and redistribution in contemporary democracies*, Oxford.
- Bauböck, Rainer 1994: *From aliens to citizens: redefining the status of immigrants in Europe*, Aldershot.
- Baumgartner, Frank R./Jones, Bryan D. 1991: 'Agenda dynamics and policy subsystems', *Journal of Politics*, Jg. 53, Nr. 4, 1044–1074. <https://doi.org/10.2307/2131866>.
- Beck, Ulrich 1992: *Risk society: towards a new modernity*, London.
- Bekkers, Victor/Fenger, Menno/Scholten, Peter 2017: *Public policy in action: Perspectives on the policy process*, Cheltenham.
- Bertossi, Christophe 2011: 'National models of integration in Europe', *American Behavioral Scientist*, Jg. 55, Nr. 12, 1561–1580. <https://doi.org/10.1177%2F0002764211409560>.
- Bertossi, Christophe/Duyvendak, Jan Willem 2009: 'Modèles d'intégration et intégration des modèles? Une étude comparative entre la France et les Pays-Bas', *Migrations Société*, Special Issue, Nr. 2, 25–281. Abgerufen am 25. August 2021 unter <https://www.cairn.info/revue-migrations-societe-2009-2.htm>.
- Bijl, Rob/Verweij, Arjen 2012 (Hg.): *Measuring and monitoring immigrant integration in Europe: Integration policies and monitoring efforts in 17 European countries*, The Hague.
- Blauner, Robert 1964: *Alienation and freedom: The factory worker and his industry*, Chicago.
- Bommes, Michael 2010: 'Migration research in Germany: The emergence of a generalized research field in a reluctant immigration country', in Dietrich Thränhardt/Michael Bommes (Hg.): *National paradigms of migration research*, Göttingen, 127–185.
- Boswell, Christina 2009: *The political uses of expert knowledge: immigration policy and social research*, Cambridge.
- Boswell, Christina 2011: 'Migration control and narratives of steering', *The British Journal of Politics & International Relations*, Jg. 13, Nr. 1, 12–25.
- Bourdieu, Pierre 2004: *Science of science and reflexivity*, London.
- Bovens, Mark/Hart, Paul 't 2017: *Understanding policy fiascoes*, London.
- Bowen, John 2007: 'A view from France on the internal complexity of national models', *Journal of Ethnic and Migration Studies*, Jg. 33, Nr. 6, 1003–1016. <https://doi.org/10.1080/13691830701432905>.
- Brug, Wouter van der/D'Amato, Gianni/Ruedin, Didier/Berkhout, Joost 2015: 'A framework for studying the politicisation of immigration', in Wouter van der Brug/Gianni D'Amato/Didier Ruedin/Joost Berkhout (Hg.): *The Politicisation of Migration*, London, 4–22.

- Bygnes, Susanne/Erdal, Marta Bivand 2017: ‚Liquid migration, grounded lives: considerations about future mobility and settlement among Polish and Spanish migrants in Norway‘, *Journal of Ethnic and Migration Studies*, Jg. 43, Nr. 1, 379–407. <https://doi.org/10.1080/1369183X.2016.1211004>
- Castles, Stephen 2004: ‚Why migration policies fail‘, *Ethnic and Racial Studies*, Jg. 27, Nr. 2, 205–227. <https://doi.org/10.1080/0141987042000177306>.
- Crul, Maurice 2016: ‚Super-diversity vs. assimilation: how complex diversity in majority-minority cities challenges the assumptions of assimilation‘, *Journal of Ethnic and Migration Studies*, Jg. 42, Nr. 1, 54–68. <https://doi.org/10.1080/1369183X.2015.1061425>.
- Czaika, Mathias/De Haas, Hein 2014: ‚The globalization of migration: Has the world become more migratory?‘, *International Migration Review*, Jg. 48, Nr. 2, 283–323. <https://doi.org/10.1111%2Fimre.12095>.
- Dahinden, Janine 2016: ‚A plea for the „de-migrantization“ of research on migration and integration‘, *Ethnic and Racial Studies*, Jg. 39, Nr. 13, 2207–2225. <https://doi.org/10.1080/01419870.2015.1124129>.
- Dalal-Clayton, Barry/Bass, Steve 2009: *The challenges of environmental mainstreaming: Experience of integrating environment into development institutions and decisions*, London.
- Daly, Mary 2005: ‚Gender Mainstreaming in Theory and Practice‘, *Social Politics: International Studies in Gender, State & Society*, Jg. 12, Nr. 3, 433–450. <https://doi.org/10.1093/sp/jxi023>.
- Dunlop, Claire A. 2017: ‚Pathologies of policy learning: what are they and how do they contribute to policy failure?‘, *Policy & Politics*, Jg. 45, Nr. 1, 19–37. <https://doi.org/10.1032/030557316X14780920269183>
- Engbersen, Godfried 2009: *Fatale remedies: Over de onbedoelde gevolgen van beleid en kennis*, Amsterdam.
- Engbersen, Godfried 2012: ‚Migration transitions in an era of liquid migration‘, in Marek Okólski (Hg.): *European immigrations. Trends, structures and policy implications*, Amsterdam, 91–106. Abgerufen am 25. August 2021 unter <https://library.oapen.org/bitstream/handle/20.500.12657/34472/426531.pdf?sequence=1#page=92>.
- Engbersen, Godfried 2016: ‚Floating populations, civic stratification and solidarity: Comment on Will Kymlicka’s article: „Solidarity in Diverse Societies“‘, *Comparative Migration Studies*, Jg. 4, Nr. 1, 1–4. <https://doi.org/10.1186/s40878-016-0029-8>.
- Entzinger, Han 2006: ‚Changing the rules while the game is on: From multiculturalism to assimilation in the Netherlands‘, in Michael Y. Bodemann/Gökçe Yurkadul (Hg.): *Migration, citizenship, ethnos: Incorporation regimes in Germany, Western Europe and North America*, New York, 121–144.
- Fassmann, Heinz/Reeger, Ursula/Sievers, Wiebke 2009 (Hg.): *Statistics and reality: Concepts and measurements of migration in Europe*, Amsterdam. Abgerufen am 25. August

- 2021 unter <https://library.oapen.org/bitstream/handle/20.500.12657/35302/340025.pdf?sequence=1>.
- Favell, Adrian 2003: ‚Integration nations: the nation-state and research on immigrants in Western Europe‘, *Comparative social research*, Nr. 22, 13–42.
- Freeman, Gary P. 1995: ‚Modes of immigration politics in liberal democratic states‘, *International Migration Review*, Jg. 29, Nr. 4, 881–902. <https://doi.org/10.1177%2F019791839502900401>.
- Geddes, Andrew/Scholten, Peter 2016: *The politics of migration and immigration in Europe*, London.
- Geyer, Robert/Rihani, Samir 2012: *Complexity and public policy: A new approach to 21st century politics, policy and society*, London.
- Glick-Schiller, Nina/Çaglar, Ayşe/Guldbrandsen, Thaddeus C. 2006: ‚Beyond the ethnic lens: Locality, globality, and born-again incorporation‘, *American Ethnologist*, Jg. 33 Nr. 4, 612–633. <https://doi.org/10.1525/ae.2006.33.4.612>.
- Guba, Egon G. 1990: *The paradigm dialog*, London.
- Guiraudon, Virginie Florence 1997: *Policy change behind gilded doors: Explaining the evolution of aliens' rights in contemporary Western Europe, 1974–94*, Doktorarbeit, Harvard University, Cambridge.
- Guiraudon, Virginie/Lahav, Gallya 2000: ‚A reappraisal of the state sovereignty debate: The case of migration control‘, *Comparative Political Studies*, Jg. 33, Nr. 2, 163–195. <https://doi.org/10.1177%2F0010414000033002001>.
- Guiraudon, Virginie/Lahav, Gallya 2006 (Hg.): *Immigration policy in Europe: The politics of control*, London.
- Halfman, Willem/Hoppe, Rob 2005: ‚Science/policy boundaries: a changing division of labour in Dutch expert policy advice‘ in Sabine Maasen/Peter Weingart (Hg.): *Democratization of expertise? Exploring novel forms of scientific advice in political decision-making*, Dordrecht, 135–151.
- Hampshire, James 2013: *The politics of immigration: Contradictions of the liberal state*, Cambridge.
- Hollinger, David A. 2006: *Postethnic America: Beyond multiculturalism*, New York.
- Hoppe, Robert 2011: *The governance of problems: Puzzling, powering and participation*, Bristol.
- IOM (International Organisation for Migration) 2017: *World Migration Report 2018*. Abgerufen am 25. August 2021 unter <https://www.iom.int/wmr/world-migration-report-2018>.
- Jessop, Bob 1997: ‚The governance of complexity and the complexity of governance: preliminary remarks on some problems and limits of economic guidance‘, in Ash Amin/ Jerzy Hausner (Hg.), *Beyond markets and hierarchy: Interactive governance and social complexity*, Cheltenham, 111–147.
- Jones, Daniel/Webster, Li 2006: *A handbook on mainstreaming disability*, London.

- Klijin, Erik-Hans/Koppenjan, Joop F. M. 2014: ‚Complexity in governance network theory‘, *Complexity, Governance & Networks*, Jg. 1, Nr. 1, 61–70. <https://doi.org/10.2307/2131866>.
- Kniveton, Dominic/Smith, Christopher/Black, Richard/Schmidt-Verkerk, Kerstin 2009: ‚Challenges and approaches to measuring the migration-environment nexus‘, in Frank Laczko/ Christine Aghazarm (Hg.): *Migration, the environment and climate change: Assessing the evidence*, Genf. Abgerufen am 30. August 2021 unter https://publications.iom.int/system/files/pdf/migration_and_environment.pdf.
- Koppenjan, Joop F. M./Klijin, Erik-Hans 2004: *Managing uncertainties in networks: a network approach to problem solving and decision making*, London.
- Kymlicka, Will 2015: ‚Solidarity in diverse societies: Beyond neoliberal multiculturalism and welfare chauvinism‘, *Comparative Migration Studies*, Jg. 3, Artikel 17. <https://doi.org/10.1186/s40878-015-0017-4>.
- Lombardo, Emanuela/Meier, Petra 2006: ‚Gender mainstreaming in the EU: Incorporating a feminist reading?‘, *European Journal of Women’s Studies*, Jg. 13, Nr. 2, 151–166. <https://doi.org/10.1177/02F1350506806062753>.
- Majone, Giandomenico 1989: *Evidence, argument, and persuasion in the policy process*, New Haven.
- Martiniello, Marco 2006: ‚Political participation, mobilisation and representation of immigrants and their offspring in Europe‘, in Rainer Bauböck (Hg.) *Migration and Citizenship*, Amsterdam, 83–105.
- Marx, Karl 2009: *Ökonomisch-philosophische Manuskripte*, Frankfurt am Main.
- Morales, Laura/Giugni, Marco 2016 (Hg.): *Social capital, political participation and migration in Europe: Making multicultural democracy work?*, Berlin.
- Mudde, Cas 2018: ‚Three decades of populist radical right parties in Western Europe: So what?‘, *European Journal of Political Research*, Jg. 52, Nr. 1, 1–19. <https://doi.org/10.1111/j.1475-6765.2012.02065.x>.
- Nowotny, Helga/Scott, Peter/Gibbons, Michael 2001: *Re-thinking science: knowledge and the public in an age of uncertainty*, Cambridge.
- Nunan, Fiona/Campbell, Adrian/Foster, Emma 2012: ‚Environmental mainstreaming: the organisational challenges of policy integration‘, *Public Administration and Development*, Jg. 32, Nr. 3, 262–277.
- Pierson, Paul 2011: *Politics in time: History, institutions, and social analysis*, Princeton. <https://doi.org/10.1515/9781400841080>.
- Rhodes, Rod A. W. 1997: *Understanding governance: Policy networks, governance, reflexivity and accountability*, London.
- Robertson, Roland 1995: ‚Glocalization: Time-space and homogeneity-heterogeneity‘, Mike Featherstone/Scott Lash/Roland Robertson (Hg.): *Global modernities*, London, 25–45.

- Schinkel, Willem 2013: ‚The imagination of „society“ in measurements of immigrant integration‘, *Ethnic and Racial Studies*, Jg. 36, Nr. 7, 1142–1161. <https://doi.org/10.1080/01419870.2013.783709>.
- Schinkel, Willem 2017: *Imagined societies: A critique of immigrant integration in Western Europe*, Cambridge.
- Schinkel, Willem 2018: ‚Against „immigrant integration“: for an end to neocolonial knowledge production‘, *Comparative Migration Studies*, Jg. 6, Artikel 31. <https://doi.org/10.1186/s40878-018-0095-1>.
- Schneider, Anne/Ingram, Helen 1993: ‚Social construction of target populations: Implications for politics and policy‘, *American Political Science Review*, Jg. 87, Nr. 2, 334–347. <https://doi.org/10.2307/2939044>.
- Schneider, Anne/Ingram, Helen 1997: *Policy design for democracy*, Lawrence, KS.
- Scholten, Peter 2011: *Framing Immigrant Integration: Dutch research-policy dialogues in comparative perspective*: Amsterdam.
- Scholten, Peter 2016: ‚Between national models and multi-level decoupling: The pursuit of multi-level governance in Dutch and UK policies towards migrant incorporation‘, *Journal of International Migration and Integration*, Jg. 17, Nr. 4, 973–994. <https://doi.org/10.1007/s12134-015-0438-9>.
- Scholten, Peter/Entzinger, Han/Penninx, Rinus/Verbeek, Stijn 2015 (Hg.): *Integrating Immigrants in Europe. Research-Policy Dialogues*, New York. Abgerufen am 25. August 2021 unter <https://library.oapen.org/bitstream/handle/20.500.12657/28048/1001946.pdf?sequence=1>.
- Scholten, Peter/Van Breugel, Ilona 2017 (Hg.): *Mainstreaming integration governance: New trends in migrant integration policies in Europe*, Berlin.
- Schön, Donald A./Rein, Martin 1995: *Frame reflection: Toward the resolution of intractable policy controversies*, New York.
- Seeman, Melvin 1959: ‚On the meaning of alienation‘, *American Sociological Review*, Jg. 24, Nr. 6, 783–791. <https://doi.org/10.2307/2088565>.
- Simon, Patrick/Piché, Victor/ Gagnon, Amélie A. 2015 (Hg.): *Social statistics and ethnic diversity*, Heidelberg. Abgerufen am 26. August 2021 unter <https://library.oapen.org/bitstream/handle/20.500.12657/27963/1002036.pdf?sequence=1>.
- Spencer, Sarah 2011: *The migration debate*, Bristol.
- Spencer, Sara 2017: ‚Multi-level governance of an intractable policy problem: migrants with irregular status in Europe‘, *Journal of Ethnic and Migration Studies*, Jg. 44, Nr. 12, 2034–2052. <https://doi.org/10.1080/1369183X.2017.1341708>
- Teisman, Geert R., & Klijn, Erik-Hans 2008: ‚Complexity theory and public management: An introduction‘, *Public Management Review*, Jg. 10 Nr. 3, 287–297. <https://doi.org/10.1080/14719030802002451>.
- True, Jacqui/Mintrom, Michael 2001: ‚Transnational networks and policy diffusion: The case of gender mainstreaming‘, *International Studies Quarterly*, Jg. 45, Nr. 1, 27–57. <https://doi.org/10.1111/0020-8833.00181>.

- Tummers, Lars/Bekkers, Victor/Steijn, Bram 2009: ‚Policy Alienation of Public Professionals‘, *Public Management Review*, Jg. 11, Nr. 5, 685–706. <https://doi.org/10.1080/14719030902798230>.
- Vertovec, Steven 2007: ‚Super-diversity and its implications‘, *Ethnic and Racial Studies*, Jg. 30, Nr. 6, 1024–1054. <https://doi.org/10.1080/01419870701599465>.
- Verweij, Marco/Thompson, Michael 2006: *Clumsy solutions for a complex world: Governance, politics and plural perceptions*, London.
- Wagner, Peter/Weiss, Carol Hirschon/Wittrock, Björn/Wollman, Hellmut 1991: *Social sciences and modern states: National experiences and theoretical crossroads*, Cambridge.
- Walby, Sylvia 2005: ‚Gender mainstreaming: Productive tensions in theory and practice‘, *Social Politics: International Studies in Gender, State & Society*, Jg. 12 Nr. 3, 321–343. <https://doi.org/10.1093/sp/jxi018>.
- Wimmer, Andreas/Glick-Schiller, Nina 2003: ‚Methodological nationalism, the social sciences, and the study of migration: An essay in historical epistemology‘, *International Migration Review*, Jg. 37, Nr. 3, 576–610. <https://doi.org/10.1111/j.1747-7379.2003.tb00151.x>.
- Zapata-Barrero, Ricard 2015: *Interculturalism in cities: Concept, policy and implementation*, Cheltenham.
- Zapata-Barrero, Ricard 2017: ‚The intercultural turn in Europe: Process of policy paradigm change and formation‘, in Fethi Mansouri (Hg.): *The promise and challenge of intercultural dialogue: From theory to policy and practice*, Paris, 171–194.